

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1979

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung 1979

- 281 Wie in jedem Jahr enthält die Dezemberausgabe dieser Zeitschrift eine Hochrechnung der aus den monatlichen und vierteljährlichen Statistiken vorliegenden Daten zu einem vorläufigen Jahresergebnis für Rheinland-Pfalz. Das Jahr 1979 war gekennzeichnet von einem kräftigen konjunkturellen Aufwärtstrend, der sich in einer realen Zuwachsrate des Sozialprodukts von 5% niederschlägt.
-

Bevölkerungsfortschreibung

- 292 Unterschiedliche Bevölkerungszahlen der Melderegister und der gemeindeweisen Fortschreibung der amtlichen Statistik sind definitorisch und methodisch bedingt.
-

Regionale Schülerprognose - Teil 2

- 295 Nach der Darstellung der Gesamtkonzeption der regionalen Schülerprognose und der Verfahren zur Prognose der Schülerzahlen für die Grundschulen und der Übergänge auf weiterführende Schulen im Heft 10/1979 dieser Reihe, befaßt sich der zweite Teil der Artikelfolge mit der Prognose der Schülerzahlen für Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Schulen für Lernbehinderte sowie der Entlassungen aus diesen Schularten.
-

Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1979

- 304 Im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe kam es von August 1978 bis Juli 1979 zu Preissteigerungen, die sich im Durchschnitt auf 4,5% beliefen.
-

Anhang

- 89* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
95* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Hoher Produktionsstand im verarbeitenden Gewerbe

Der hohe Produktionsstand im verarbeitenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz konnte auch im Oktober 1979 gehalten werden. Zwar lagen die Ausstoßziffern etwas unter dem Septemberergebnis, ein Vergleich des bisherigen Jahresverlaufs mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum macht jedoch die anhaltend günstige Produktionsentwicklung deutlich. Von Januar bis Oktober 1979 konnte das verarbeitende Gewerbe das Produktionsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 6,9% ausweiten. Die größten Zuwächse verzeichneten die Ledererzeugung (+ 33%), die Mineralölverarbeitung (+ 24%) und die Tabakverarbeitung (+ 21%). fn

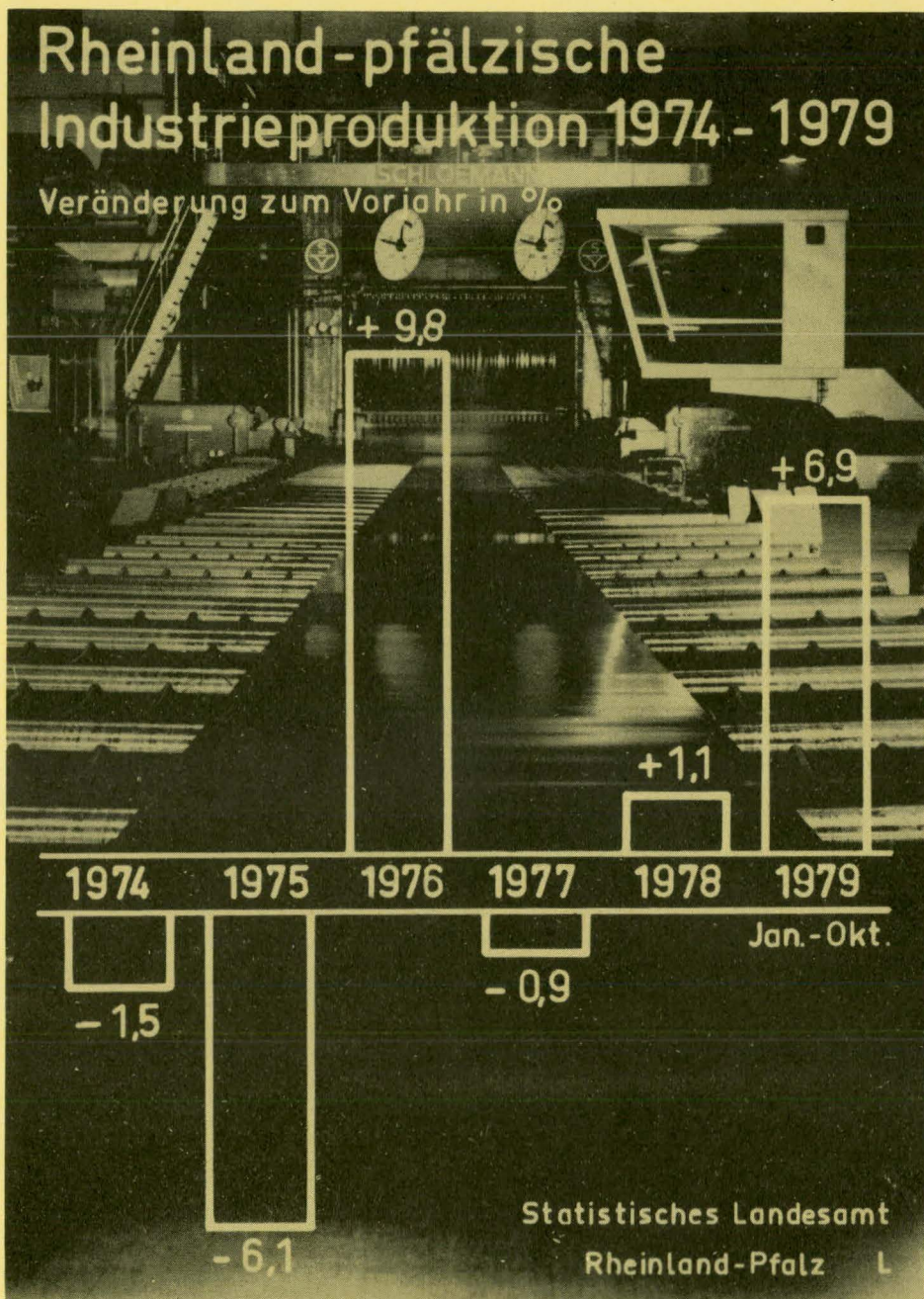
Rheinland-pfälzische Wirtschaft 1979 mit überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1979 stand in Rheinland-Pfalz ebenso wie im Bundesgebiet ganz im Zeichen einer seit Jahresanfang kräftigen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung, die allerdings durch den starken Ölpreisschub zum Jahresbeginn und einen im Laufe des Jahres zunehmenden Anstieg des Preisniveaus beeinträchtigt war. Das über lange Zeit sehr niedrige Zinsniveau wurde durch eine schrittweise Diskontsatzserhöhung von 3 auf 6% stark angehoben, was möglicherweise Rückwirkungen auf die künftige Entwicklung der Bauwirtschaft hat.

Das Bruttoinlandsprodukt des Landes wird 1979 nach den bisher vorliegenden Informationen einen Wert von 73 Mrd. DM erreichen und damit nominal um etwa 9% höher ausfallen als im Jahr zuvor. Für das Bundesgebiet wird mit einer Wachstumsrate in jeweiligen Preisen von 8% gerechnet. Ein nicht unerheb-

licher Teil der Zuwachsraten ist auf Preissteigerungen zurückzuführen, die im Bundesgebiet in diesem Jahr durchschnittlich 4% ausmachen. Eliminiert man diese Preiseinflüsse, so ergibt sich für Rheinland-Pfalz ein reales Wirtschaftswachstum (in Preisen von 1970) von 5%, im Bundesgebiet von 4%.

Im verarbeitenden Gewerbe, das seine Produktion um 7% ausweiten konnte, schnitten namentlich der Straßenfahrzeugbau, die Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie die Herstellung von Kunststoffwaren überdurchschnittlich ab. Bestimmend für die industri-



le Expansion war die chemische Industrie, deren Produktion um knapp 7% ausgeweitet werden konnte. Die rheinland-pfälzische Ausfuhr hat im Jahre 1979 um 14% zugenommen, die Einfuhr sogar um 28%. ge
Mehr über dieses Thema auf Seite 281

Kommunale Haushaltsansatzstatistik entfällt

Die jährliche Statistik über die kommunalen Haushaltsansätze soll in Rheinland-Pfalz künftig entfallen. Berichtspflichtig waren alle Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern sowie die Gemeindeverbände. Im Vorgriff auf das noch im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren befindliche Statistikbereinigungsgesetz wird bereits ab dem Haushaltsjahr 1980 auf die Meldung der entsprechenden Angaben durch die Kommunen verzichtet. Der Entwurf des Bereinigungsgesetzes sieht vor, daß die Bundesregierung durch Rechtsverordnung von der Erfassung der Haushaltsansätze absehen kann, wenn die Finanzplanungsstatistik zu ausreichenden Ergebnissen führt. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes soll die durch den Wegfall der Ansatzstatistik entstehende Informationslücke dadurch geschlossen werden, daß die nicht mehr erhobenen Daten auf Basis der Ergebnisse der Finanzplanungsstatistik im Wege eines Schätzverfahrens ermittelt werden. Der Verzicht auf die kommunale Haushaltsansatzstatistik ist Teil der Bemühungen des Statistischen Landesamtes, die Belastung der Berichtspflichtigen auf ein Minimum zu beschränken. he

Wieder mehr Kollegiaten an Kollegs

An den drei Kollegs des Landes Rheinland-Pfalz, die Erwachsenen die allgemeine Hochschulreife vermitteln, werden in diesem Schuljahr 661 Kollegiaten unterrichtet, das sind 77 mehr als vor einem Jahr. Die Teilnehmerzahlen an den Kollegs waren seit 1972 zurückgegangen und hatten im Schuljahr 1977/78 mit 542 Kollegiaten einen Tiefstand erreicht. Dieser Trend hat sich jetzt offensichtlich wieder umgekehrt.

Auch an den beiden Integrierten Gesamtschulen, die in Rheinland-Pfalz im Schulversuch stehen, werden im Schuljahr 1979/80 mehr Schüler unterrichtet als im Vorjahr. Der Anstieg der Schülerzahlen um 266 auf 2 626 ist in erster Linie dadurch bedingt, daß in der Integrierten Gesamtschule in Kastellaun, die sich noch im Aufbau befindet, in jedem Jahr Schüler für eine weitere Klassenstufe nachrücken. An den beiden Integrierten Gesamtschulen liegt die durchschnittliche Klassengröße im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) bei 31,2 Schülern je Klasse. Sie hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (31,7) leicht verbessert. ke

Bevölkerungsfortschreibung

Die von den Rechenzentren ermittelten Bevölkerungszahlen der Gemeinden zeigen zum Teil erhebliche Unterschiede zu den Fortschreibungsergebnissen der amtlichen Statistik. Die Abweichungen beruhen in der Regel auf unterschiedlichen Definitionen des Bevölkerungsbegriffs, verschiedenen Fortschreibungsmethoden, oft aber auch schon auf einer abweichenden Ausgangsbasis. Da die vom Statistischen Landesamt fortgeschriebene Wohnbevölkerungszahl nach zahlreichen Rechtsvorschriften Bemessungsgrundlage für finanzielle Leistungen, wie den Finanzausgleich und die Bürgermeisterbesoldung ist, führen die Differenzen zu zahlreichen Einsprüchen. Der Beitrag soll und kann sich nicht als Sammelantwort an die betroffenen Gemeinden verstehen, zumal deren Fälle oft sehr unterschiedlich gelagert sind und daher stets einer eingehenden Einzelprüfung bedürfen. Angesichts zunehmender Korrekturwünsche unter Berufung auf die Genauigkeit der Registerauszüge der Rechenzentren sollen die Methode der Bevölkerungsfortschreibung einem breiteren Leserkreis zugänglich gemacht und die Ursachen der unterschiedlichen Zahlen aufgezeigt werden. ng

Mehr über dieses Thema auf Seite 292

Pensionspreise 1979 um nahezu 5% gestiegen

Bei den Dienstleistungen im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe kam es von August 1978 bis Juli 1979 in Rheinland-Pfalz zu Preissteigerungen, die sich im Durchschnitt auf 4,5% beliefen (Vorjahr + 5%). Bei den einzelnen Leistungen und Betriebskategorien zeigten sich allerdings teilweise merkliche Abweichungen vom Mittelwert.

Der Übernachtungspreis erhöhte sich um durchschnittlich 4,5%, wobei gute Hotels diesen Wert beachtlich (bis + 8%) überschritten. Dagegen betrug der Aufschlag bei Pensionen und Fremdenheimen 2 bis 3%. Einbett-Zimmer verteuerten sich stärker als Zweibett-Zimmer. Die Vollpensionssätze stiegen im Mittel um 4,9%. Gute Hotels und Pensionen bzw. Fremdenheime erhöhten ihre Preise bis zu 7%, einfache Hotels um 2 bis 3%.

Die gängigen Speisen wurden seit 1978 um durchschnittlich 5% teurer, Schweinekotelett um 3,7%, Rumpsteak um 5,5%. Die höchsten Aufschläge hatten hier mittlere Hotels und einfache Gaststätten.

Am geringsten ist der Preisaufschlag bei Getränken ausgefallen. Die Steigerungsrate lag hier im Durchschnitt bei 3,7%. Mit 6,5% erhöhte sich der Preis für Bier am stärksten, gefolgt von Ausschankwein und Apfelsaft (über + 4%). Bohnenkaffee wurde wie im Vorjahr um 2% teurer. wf

Mehr über dieses Thema auf Seite 304

Rheinland-Pfalz 1979

Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung

In dieser Ausgabe der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz soll wieder ein Überblick über die wirtschaftliche Situation des Landes im zu Ende gehenden Jahre gegeben werden. Der Beitrag konzentriert sich diesmal auf die Schwerpunkte und wichtigsten Entwicklungen, ohne das breite Spektrum aller in der amtlichen Statistik festgestellten Fakten und Zusammenhänge erschöpfend beurteilen zu wollen. Für den an Details interessierten Leser sind spezielle Textübersichten und Schaubilder eingefügt.

Bei den hier veröffentlichten Daten handelt es sich zum überwiegenden Teil um Ergebnisse aus monatlichen und vierteljährlichen Statistiken der Monate Januar bis Oktober bzw. September, die auf das volle Jahresergebnis hochgerechnet wurden. Sie können somit von dem späteren Gesamtergebnis abweichen. Im allgemeinen wurde bei der Hochrechnung davon ausgegangen, daß sich die in den ersten neun oder zehn Monaten abzeichnende Entwicklung bis zum Jahresende fortsetzt. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die zum Jahresende hin teilweise sichtbar werdenden Entspannungstendenzen möglicherweise nicht nur saisonbedingt sind; zunehmende Kurzarbeit, namentlich in der Automobilbranche in Hessen und Nordrhein-Westfalen, spricht für diese Annahme. Die durch Hochrechnung gewonnenen Zuwachsraten sind insofern mit Vorbehalten zu betrachten. Stichtagsergebnisse sind auf den entsprechenden Vorjahresstichtag bezogen. Bei Bundesergebnissen, die durchweg dem vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden herausgegebenen Statistischen Wochendienst, den entsprechenden Fachserien sowie den „Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung - Zeitreihen mit Saisonbereinigung“ entnommen sind, wurde auf eine Hochrechnung verzichtet.

Überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft hat sich 1979 überdurchschnittlich entwickelt und konnte die im Vorjahr festgestellte Wachstumsverzögerung wieder ausgleichen. Kräftige Impulse kamen von der Binnennachfrage, aber auch von der Auslandsnachfrage, durch die Rheinland-Pfalz als stark exportorientiertes Land besonders profitierte. Hierzulande stellt sich der Exportanteil des verarbeitenden Gewerbes auf 29% gegenüber 24% im Bundesdurchschnitt. Namentlich die che-

mische Industrie und der Straßenfahrzeugbau konnten aufgrund der zusätzlichen Auslandsaufträge ihre Umsätze überdurchschnittlich vergrößern. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes wird 1979 nach den bis jetzt vorliegenden Informationen 73 Mrd. DM erreichen und damit um etwa 9% höher ausfallen als im Jahre zuvor. Für das Bundesgebiet rechnet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1979/80 mit einer Wachstumsrate (in jeweiligen Preisen) von 8%.

Ein nicht unerheblicher Teil der Zuwachsraten ist auf Preissteigerungen zurückzuführen, die im Bundesgebiet in diesem Jahre durchschnittlich 4% ausmachten. Eliminiert man diese Preiseinflüsse, so verbleibt für Rheinland-Pfalz ein reales Wirtschaftswachstum (in Preisen von 1970) von 5%, im Bundesgebiet von 4%. Einen etwas geringeren Einfluß auf das Wirtschaftswachstum hatte der private Verbrauch, der sich im Jahresdurchschnitt 1979 in konstanten Preisen nur um 3% vergrößerte. Der Staatsverbrauch erhöhte sich sogar nur um 2,5%. Dagegen deutet die 8%ige Zuwachsrate für die Anlageinvestitionen auf ein positives Investitionsverhalten der Unternehmer hin. Mitbestimmend für die hohe Investitionstätigkeit war sicher auch die Tatsache, daß 1978 und im ersten Halbjahr 1979 die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen - freilich nach einer jahrelangen Phase unterdurchschnittlicher Entwicklung - etwa doppelt so stark gestiegen sind wie die Einkommen aus unselbständiger Arbeit; im zweiten Halbjahr 1979 hatte dagegen die letztgenannte Einkommensart wieder einen etwas überdurchschnittlichen Anstieg. Ganz entscheidende Impulse gingen vom Export aus, der im Bundesdurchschnitt sein Volumen real um 5,5% vergrößern konnte. Diese Zuwachsrate wird von der Ausdehnung des Imports, die sich auf nicht weniger als 9,5%, in jeweiligen Preisen sogar auf 18,5% beläuft, allerdings noch deutlich übertroffen. Damit ist der Außenbeitrag im Bundesgebiet im zweiten Halbjahr 1979 auf ganze 2 Mrd. DM reduziert worden.

Wichtiges Indiz für die Einschätzung der künftigen Wirtschaftsentwicklung sind die Daten aus der monatlichen Berichterstattung im verarbeitenden Gewerbe und Auswertungen im Rahmen des sogenannten Gesamtindikators zur Konjunkturdiagnose. Danach folgte auf eine eineinhalbjährige Phase nachlassender kon-

Sozialprodukt

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
Rheinland-Pfalz				
<u>Bruttoinlandsprodukt</u>				
in jeweiligen Preisen	Mrd.DM	73	6,0	9
in Preisen von 1970	"	46	2,0	5
Bundesgebiet ¹⁾				
<u>Bruttosozialprodukt</u>				
<u>in jeweiligen Preisen</u>	Mrd.DM	1 390,5	7,5	8
<u>Bruttosozialprodukt</u> <u>in Preisen von 1970</u>	"	875,0	3,5	4
Privater Verbrauch	"	485,0	3,4	3
Staatsverbrauch	"	151,0	3,6	2 1/2
Bruttoanlageinvestitionen	"	206,5	6,3	8
Ausrüstungen	"	89,5	8,2	10 1/2
Bauten	"	117,0	4,9	6
Ausfuhr	"	258,5	4,4	5 1/2
Einfuhr	"	241,0	5,9	9 1/2
<u>Preisentwicklung</u>				
Privater Verbrauch	1970=100	157,0	2,6	4 1/2
Bruttosozialprodukt	"	159,0	3,9	4
<u>Nettosozialprodukt zu</u> <u>Faktorkosten</u>				
	Mrd.DM	1 079,5	7,5	7 1/2
Bruttoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	"	764,0	6,3	7 1/2
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	315,5	10,5	8 1/2
Nettoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	"	442,0	7,4	7 1/2
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	247,0	13,4	10 1/2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	872,0	6,1	7 1/2
Europäische Gemeinschaften ¹⁾				
<u>Bruttosozialprodukt</u> <u>in Preisen von 1970</u>				
	Mrd.DM	.	3,1	3
Bundesrepublik Deutsch-land	"	875,0	3,5	4
Belgien	"	.	2,0	3
Dänemark	"	.	1,0	2 1/2
Frankreich	"	.	3,3	3
Großbritannien	"	.	3,3	1/2
Irland	"	.	5,5	3 1/2
Italien	"	.	2,6	4 1/2
Niederlande	"	.	2,0	3

1) Quelle: Jahresgutachten 1979/80 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden, November 1979.

junkturreller Aktivitäten in den ersten Monaten des Jahres 1978 ein zunächst zögernder, Anfang 1979 jedoch zunehmender Expansionstrend, der sich zur Jahresmitte auf relativ hohem Niveau stabilisierte. Das gilt in gleicher Weise für Rheinland-Pfalz und das Bundesgebiet, wobei Umsatz und Produktion der rheinland-pfälzischen Wirtschaft - bei Betrachtung des gleitenden Dreimonatsdurchschnitts - in allen Monaten die günstigere Entwicklung aufweisen. Bemerkenswert ist vor allem, daß im zweiten Quartal der Mengenindikator, der die reale Wirtschaftsentwicklung wiedergibt, in Rheinland-Pfalz erstmals seit Ende der 60er Jahre

- wenn auch nur vorübergehend - höher ausgefallen ist als der Kosten- und Preisindikator. Zum Herbst hin mehrten sich jedoch die Anzeichen, daß der konjunkturelle Aufschwung zwar nicht umgeschlagen ist, sich aber doch auf relativ hohem Niveau stabilisiert hat. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß im zweiten Halbjahr 1978 die Basiszahlen für einen solchen Jahresvergleich wegen der damals anlaufenden Konjunktur bereits sehr hoch ausgefallen sind.

Arbeitsmarkt stabilisiert sich

Mit der seit Jahresbeginn zügig durchgreifenden konjunkturellen Aufwärtsentwicklung wurde schon der Abbau der Winterarbeitslosigkeit beschleunigt. Von den mehr als 72 000 Arbeitslosen im Januar dieses Jahres waren bereits im März nur noch 51 000 und im Mai 40 000 vorhanden. Auf diesem, gemessen an Zeiten vor der Rezession 1974/75, noch sehr hohen Niveau stabilisierte sich die Arbeitslosenzahl, sieht man einmal von dem leichten Anstieg während der Ferienmonate Juli und August ab, in denen offenbar die Firmen mit Neueinstellungen etwas zurückhaltender sind. Im November erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen als Folge der beginnenden Saisonwende wieder auf 44 000.

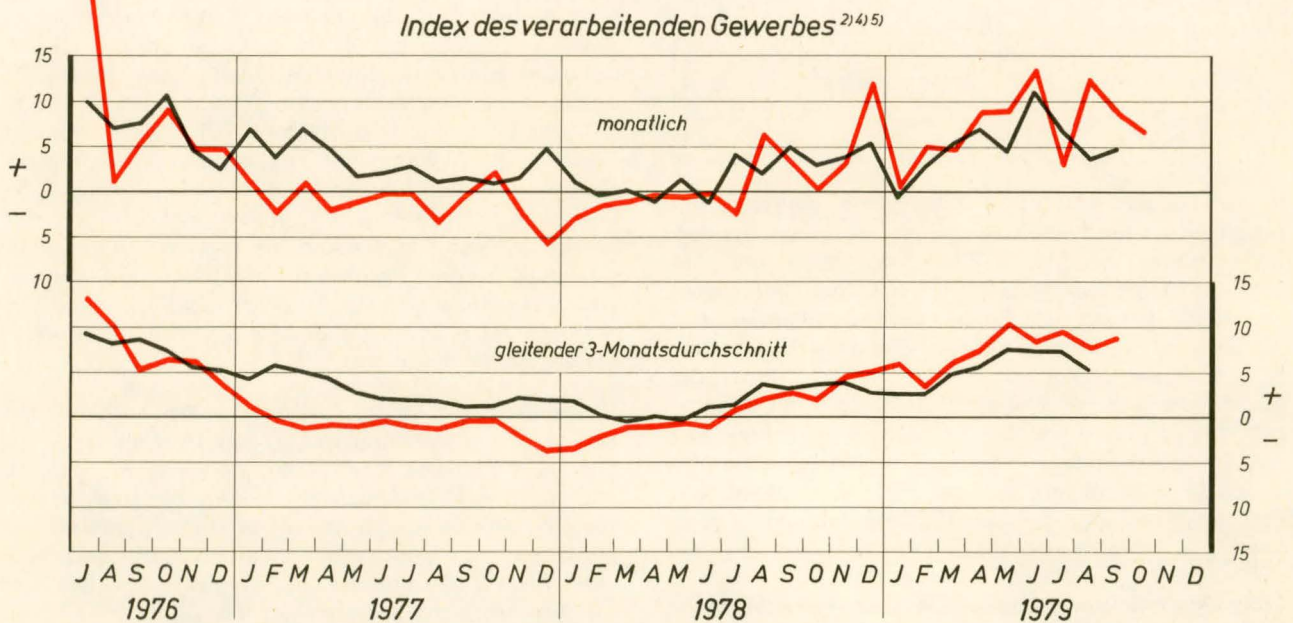
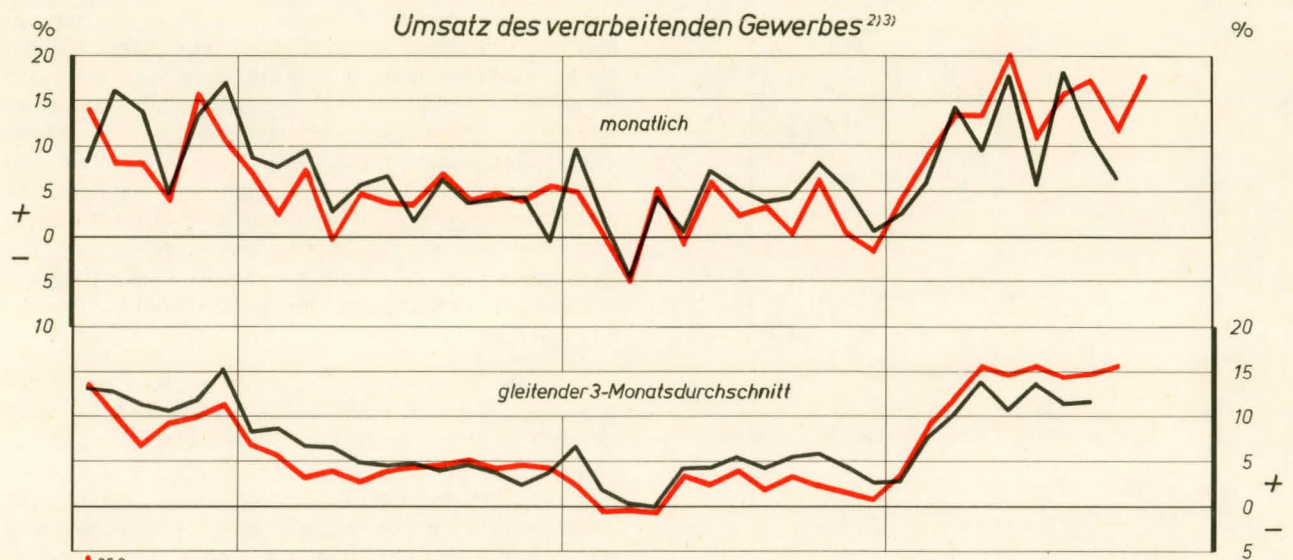
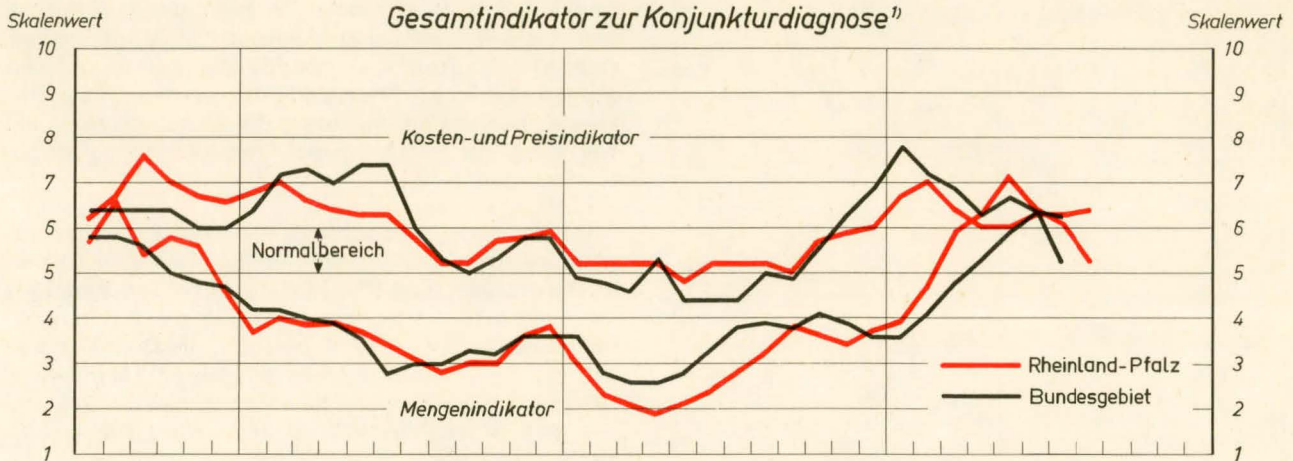
Entsprechend verlief die Entwicklung der Arbeitslosenquote, die sich von 5,6% im Januar auf 3,1% im Mai reduzierte und sich in den folgenden Monaten dicht über der 3%-Grenze hielt. Abgesehen von den Monaten Januar und Februar lag die rheinland-pfälzische Arbeitslosenquote um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, was sicher mit auf die günstigere wirtschaftliche Entwicklung des Landes zurückzuführen ist.

Die positive Arbeitsmarktentwicklung wirkte sich auch im Stellenangebot aus. Im Oktober waren in Rheinland-Pfalz insgesamt mehr als 15 000 Stellen für Dauerbeschäftigung unbesetzt, das sind 3 000 mehr als ein Jahr zuvor. Damit kamen im Oktober dieses Jahres auf eine offene Stelle 2,7 Arbeitslose. Im Oktober 1978 waren es noch 4,0 gewesen.

Bei allen elf rheinland-pfälzischen Arbeitsamtsbezirken waren die Arbeitslosenzahlen rückläufig. Von dem Rückgang der Arbeitslosen von Oktober des vergangenen Jahres bis Oktober 1979 um insgesamt 8 000 Personen entfiel weit über die Hälfte auf vier Arbeitsamtsbezirke, nämlich Ludwigshafen, Koblenz sowie Trier und Kaiserslautern. Letztere sind die beiden Bezirke mit den im Vorjahr höchsten Arbeitslosenquoten. Die günstigsten Verhältnisse hat der Bezirk Koblenz erreicht, wo diesmal die Arbeitslosenquote auf den seit Jahren niedrigsten Oktoberstand von 2,5% zurückgegangen ist, während Bad Kreuznach, Trier, Kaiserslautern, Pirmasens und Neustadt noch relativ hohe Quoten aufweisen, wenngleich diese bei weitem nicht die Höhe zahlreicher Arbeitsamtsbezirke in anderen Bundesländern erreichen.

Bei insgesamt günstiger Entwicklung der Arbeitsmarktlage richtet sich die Aufmerksamkeit noch stärker auf einzelne Gruppen unter den Arbeitslosen: ältere Menschen, Jugendliche, Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen, ohne abgeschlossene Ausbildung, ohne bisherige Berufstätigkeit, solche, die

Konjunkturverlauf 1976-1979



1) 10 stufiges Bewertungsschema. - 2) Veränderung zum Vorjahresmonat in %. - 3) 1976 und 1977 Industriesatz. - 4) Ohne Bauhauptgewerbe und ohne Energiewirtschaft. - 5) 1976 und 1977 Index der industriellen Produktion.

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
<u>Arbeitssuchende</u>	Anzahl	54 456	- 7,8	- 15,0
Vollzeitarbeit	"	44 399	- 9,6	- 14,1
Teilzeitarbeit	"	10 057	0,6	- 18,4
Männer	"	24 479	- 13,1	- 16,9
Vollzeitarbeit	"	24 195	- 13,2	- 17,2
Teilzeitarbeit	"	284	12,0	5,2
Frauen	"	29 977	- 2,9	- 13,2
Vollzeitarbeit	"	20 204	- 4,5	- 10,2
Teilzeitarbeit	"	9 773	0,3	- 19,0
<u>Arbeitslose</u>	"	40 523	- 10,0	- 16,4
Vollzeitarbeit	"	32 652	- 12,6	- 15,4
Teilzeitarbeit	"	7 871	1,5	- 20,2
Männer	"	17 137	- 16,9	- 17,3
Vollzeitarbeit	"	17 029	- 16,9	- 17,5
Teilzeitarbeit	"	108	- 22,9	18,7
Frauen	"	23 386	- 4,1	- 15,6
Vollzeitarbeit	"	15 623	- 7,0	- 13,0
Teilzeitarbeit	"	7 763	1,8	- 20,5
<u>Offene Stellen</u>	"	15 167	11,2	24,4
Vollzeitarbeit	"	14 064	13,7	24,9
Teilzeitarbeit	"	1 103	- 12,3	18,5
Männer	"	10 311	17,8	29,0
Vollzeitarbeit	"	.	18,0	.
Teilzeitarbeit	"	.	- 4,8	.
Frauen	"	4 856	0,5	15,7
Vollzeitarbeit	"	.	4,7	.
Teilzeitarbeit	"	.	- 12,7	.
Kurzarbeiter Mitte Oktober	"	3 196	- 18,6	- 35,4
Männer	"	1 426	- 21,8	- 59,0
Frauen	"	1 770	- 9,7	20,7
<u>Problemgruppen unter den Arbeitslosen Ende Mai</u>				
Unter 20 Jahre alt	"	4 283	.	- 24,7
Über 55 Jahre alt	"	5 333	.	- 0,7
Mit gesundheitlichen Ein- schränkungen	"	14 193	.	- 4,9
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	"	23 252	.	- 20,1
Ohne bisherige Berufs- tätigkeit	"	2 138	.	- 21,7
Angestelltenberufe	"	14 806	.	- 16,6
Ausländer	"	3 131	.	- 21,6
Länger als ein Jahr arbeitslos	"	7 730	.	- 22,9
Frauen	"	22 647	.	- 14,1
Teilzeitarbeitslose	"	8 676	.	- 10,3

länger als ein Jahr ohne Arbeit sind, Angestelltenberufe, Teilzeitarbeitslose, Frauen. In einer Sonderuntersuchung vom Mai 1979 hat das Landesarbeitsamt festgestellt, daß diese Gruppen nicht oder nur wenig an der Besserung des Arbeitsmarktes teilhatten, weil ein generell nicht ausreichend großer Arbeitskräftebedarf Ausleseverfahren zur Folge hat, durch die gerade die angesprochenen Problemgruppen benachteiligt werden. So konnten im Mai dieses Jahres fast 60% aller Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung aufweisen, weitere 5% waren ohne jegliche Berufserfahrung. Jeder 13. beim Arbeitsamt registrierte Arbeitslose war Ausländer.

Trotz Ölverteuerung günstige Geschäftsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe

Der im vergangenen Jahr beginnende konjunkturelle

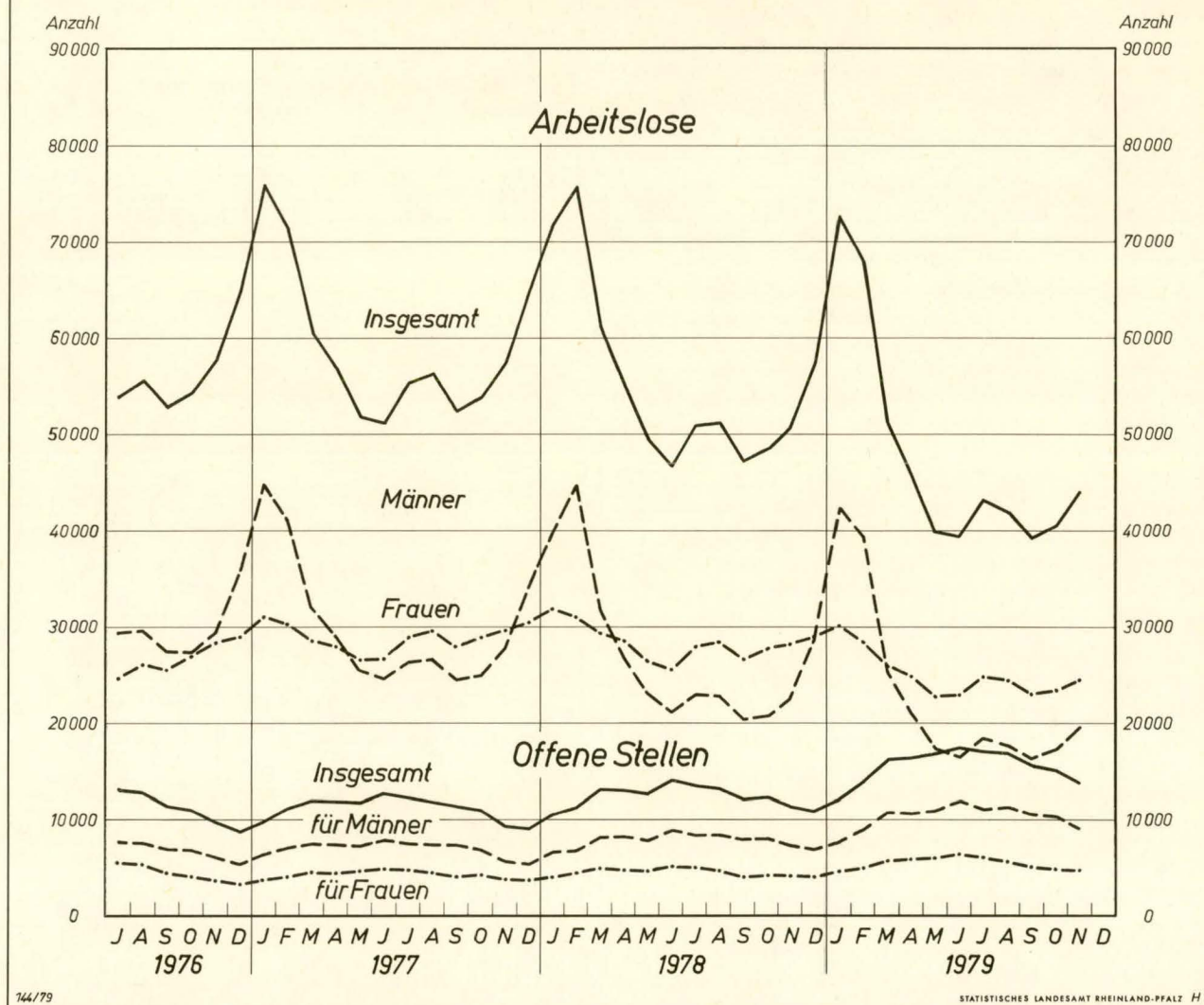
Erholungsprozeß hat sich trotz einiger vor allem aus dem Ausland übergreifender negativer Einflüsse, insbesondere Ölverteuerung und Dollarverfall, im Laufe dieses Jahres durchgesetzt. Wiesen die in Industrie und Handwerk erzielten Umsätze 1978 gegenüber dem Vorjahr eine weitgehende Stagnation auf, so wurden 1979 in Rheinland-Pfalz wieder beträchtliche Zuwachsraten registriert, die allerdings zu einem Teil durch die beschleunigte Preisentwicklung aufgezehrt wurden.

Die rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten setzten im Berichtsjahr rund 65,4 Mrd. DM um. Das sind 13% mehr als 1978. Im Vorjahr hatte sich die Wachstumsrate dagegen auf + 1,6% belaufen. Im Bundesgebiet war die Entwicklung nicht so ausgeprägt. Nach einer Umsatzsteigerung in den Monaten Januar bis September 1978 gegenüber 1977 um immerhin 3,6%, errechnet sich hier für 1979 mit + 9,9% eine Zunahme, die deutlich unter dem rheinland-pfälzischen Niveau liegt. Während im Jahre 1978 in Rheinland-Pfalz das geringe positive Wachstum ausschließlich auf dem Inlandsmarkt erzielt werden konnte, stand im laufenden Jahr für die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe der Auslandsmarkt wieder in stärkerem Maße offen. Dort konnte 1979 infolge der in den meisten westeuropäischen Ländern bis zum Sommer beobachteten günstigen Konjunktorentwicklung um 18% mehr abgesetzt werden als im Jahr davor. Aber auch die gestiegene Inlandsnachfrage trug entscheidend zu der verbesserten Absatzlage des verarbeitenden Gewerbes von Rheinland-Pfalz bei.

Die Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe deutet auch für die Zukunft auf eine günstige Geschäftsentwicklung hin. In den Monaten Januar bis Oktober erhöhten sich bei den rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetrieben (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe) die Auftragseingänge gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 22,3%. Die entscheidenden Impulse für den Konjunkturverlauf gingen dabei vom Ausland aus. So nahmen Auslandsaufträge im gleichen Zeitraum um 30,1% zu gegenüber + 18,7% bei den Inlandsbestellungen. Maßgeblich beeinflusst wurde diese günstige Entwicklung vom Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung, und zwar bedingt durch einen Auftragsstoß im Bereich der Datenverarbeitung in den Monaten März/April, was sich auf die Beschäftigungslage und Umsatzgestaltung dieser Branche günstig auswirken wird. Eine Auftragsentwicklung, die deutlich über der des Umsatzes liegt, ist außerdem im Bereich Straßenfahrzeugbau zu beobachten, was auf eine zunehmende Investitionsbereitschaft der Wirtschaft hindeutet.

Nachdem 1978 an der Preisfront vorübergehend eine Beruhigung eingetreten war, zogen 1979 mit der steigenden Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen, aber auch mit der drastischen Energiekostenverteuerung, die Preise wieder stärker an. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres erhöhten sich die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 4,8% (1978: + 1%). Von der Teuerungswelle am stärksten betroffen waren dabei die Bezieher von Produkten der Grundstoff- und

Arbeitslose und offene Stellen 1976-1979



Produktionsgüterindustrien, die 1979 um 10% mehr bezahlen mußten als 1978. Die hohe Zuwachsrate ist jedoch vor allem auch auf die Verteuerung der Einfuhrpreise für Rohöl zurückzuführen, welches im Bereich der chemischen Industrie und Mineralölverarbeitung als Rohstoff eine größere Bedeutung aufweist. Die 13 in der OPEC organisierten erdölexportierenden Länder, die rund 85% der rheinland-pfälzischen Rohöleinfuhr bestreiten, hatten bereits im Dezember 1978 eine stufenweise Erhöhung des Ölpreises beschlossen. Die durch den Umsturz im Iran ausgelöste Energiekrise trug zu einem weiteren Anstieg der Preise für Mineralölprodukte bei. Nach einer schwachen Preisentwicklung in den letzten Jahren verzeichnete die chemische Industrie für ihre Produkte ebenfalls wieder eine deutliche Preissteigerung. Nahezu die gleiche Höhe wie im Vorjahr wiesen dagegen im Durchschnitt die Preise im Nahrungs- und Genußmittelbereich auf. Während die Investitionsgüterindustrien knapp 3% mehr (Vorjahr + 2,4%) für ihre Erzeugnisse verlangten, erhöhten sich die Preise bei den Verbrauchsgüter-

industrien 1979 mit + 4,4% wieder in deutlich stärkerem Maße als 1978 (+ 1,5%).

Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet
im Monatsdurchschnitt Januar - Oktober

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
Insgesamt (ohne Strom, Gas, Wasser)	1970=100	151,7	1,0	4,8
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	153,7	- 0,9	10,0
Investitionsgüterindustrien	"	151,0	2,4	2,9
Verbrauchsgüterindustrien	"	149,3	1,5	4,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	"	142,0	- 0,1	0,3
Investitionsgüter	"	160,0	3,0	3,3
Verbrauchsgüter	"	158,8	1,7	7,6

Zunehmende Investitionsneigung begünstigt Produktionsentwicklung

Wegen der in einigen Bereichen wieder stärkeren Preisentwicklung lag der Anstieg der Produktion in diesem Jahr zum Teil deutlich unter demjenigen des Umsatzes. Im gesamten verarbeitenden Gewerbe wurde im Berichtsjahr um 7% mehr produziert als im Vorjahr. Damit lag die rheinland-pfälzische Wachstumsrate deutlich über der des Bundesgebietes, wo in den Monaten Januar bis September um 4,9% mehr produziert werden konnte als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die größte Diskrepanz zwischen Produktions- und Umsatzentwicklung ergab sich in Rheinland-Pfalz im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und hier insbesondere bei der Mineralölverarbeitung und der chemischen Industrie, wo das seit dem Frühjahr stark verteuerte Mineralöl als Einsatzstoff eine besonders große Rolle spielt. Interessant erscheint auch, daß trotz der starken Ölverteuerung der mengenmäßige Output bei der Mineralölverarbeitung noch um ein Viertel über dem Vorjahresniveau lag. Nach einer Stagnation im Jahre 1978 verzeichnete die chemische Industrie mit + 6,5% in diesem Jahr wieder einen günstigen Produktionsverlauf. Von der im Augenblick herrschenden guten Stahlkonjunktur profitieren außerdem die Gießereien sowie die Ziehereien und Kaltwalzwerke.

Von der zunehmenden Investitionsneigung der privaten Wirtschaft hatten neben dem Straßenfahrzeugbau vor allem die Bereiche Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik Vorteile, die Produktionssteigerungen zwischen 12 und 19% aufwiesen. Stagniert hat dagegen die Produktion beim Maschinenbau.

Eine überdurchschnittlich hohe Steigerungsrate verzeichnete außerdem der Nahrungs- und Genußmittelbereich, in dem die Produktion von Tabakerzeugnissen um ein Fünftel ausgeweitet werden konnte. Im Ernährungsgewerbe trugen vor allem die Obst- und Gemüseverarbeitung, die Weinverarbeitung und die Mineralwasser- und Limonadenhersteller zu einem günstigen Produktionsverlauf bei. Im Gegensatz zu den übrigen Industriehauptgruppen sorgte hier jedoch eine rückläufige Preisentwicklung dafür, daß die Umsätze nicht im gleichen Maße stiegen wie die Produktion.

Im Verbrauchsgüterbereich wiesen insbesondere die Ledererzeugung (ohne Schuhe) und Kunststoffwaren-Herstellung über dem Durchschnitt liegende Wachstumsraten auf, während die im Idar-Obersteiner Raum ansässige Edelstein- und Schmuckwarenindustrie Einbußen hinnehmen mußte, die zwischen einem Siebtel und einem Viertel des vorjährigen Produktionsvolumens lagen.

Die Produktion konnte zum Teil nur mit einem gegenüber dem Vorjahr gesteigerten Beschäftigteneinsatz erreicht werden. Die Zahl der in Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten tätigen Personen erhöhte sich gegenüber 1978 um rund 6 000 auf 391 000. Besonders hohe Beschäftigtenzugänge waren vor allem in den lohnintensiven Wirtschaftszweigen, wie im Textilgewerbe, der Elektrotechnik (jeweils + 3,5%) sowie den Gießereien (+ 2,5%) zu beobachten. Wegen des sehr hohen Kapitalanteils an

den Produktionsfaktoren war dagegen im Bereich der Mineralölverarbeitung bei gleichem Beschäftigtenstand wie im Vorjahr eine Produktionssteigerung um ein Viertel möglich. In der chemischen Industrie wurde der höhere Output sogar mit fast 1% weniger Personal erreicht.

Anteil des Heizöls am Energieverbrauch leicht gesunken

Angesichts der in letzter Zeit starken Verteuerung des Mineralöls nimmt der Energieverbrauch eine zu-

Verarbeitendes Gewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte } Monatsd. Arbeiter	1 000 "	390 280	- 0,4 - 0,8	1 1/2 1 1/2
Geleistete Stunden der Arbeiter	Mill.	480	- 2,2	1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill.DM	12 000	5,4	7 1/2
Lohnsumme	"	7 374	4,4	7 1/2
Umsatz	"	65 417	1,6	13
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	26 470	2,3	19
Chemische Industrie	"	15 927	1,4	19
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	"	21 820	- 2,1	10
Maschinenbau	"	6 107	- 3,3	- 2
Straßenfahrzeugbau	"	10 738	- 1,7	18
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	"	10 519	5,1	14
Herstellung von Kunststoffwaren	"	2 018	7,8	18
Herstellung von Schuhen	"	1 548	1,2	5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	6 608	6,6	3
Auslandsatz	"	19 110	- 1,4	18
Produktion 1970=100		134	1,1	7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	134	1,8	8
Chemische Industrie	"	137	1,7	6 1/2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	"	138	- 1,1	6
Maschinenbau	"	140	3,0	1
Straßenfahrzeugbau	"	152	- 2,6	12
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	"	122	0,3	4 1/2
Herstellung von Kunststoffwaren	"	184	6,8	8
Herstellung von Schuhen	"	62	- 2,9	- 2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	150	4,8	8 1/2
Energieverbrauch	1 000 t SKE	7 991	0,2	10
Kohle	"	890	- 9,4	0
Heizöl	1 000 t	2 454	- 2,7	5 1/2
Strom	Mill.kWh	12 235	2,0	8 1/2
Gas	Mill.m ³	1 790	11,1	26
Bundesgebiet (Januar - September)				
Beschäftigte } Monatsd. Arbeiter	1 000 "	7 585 5 376	- 0,7 - 1,0	0,1 - 0
Geleistete Stunden der Arbeiter	Mill.	6 881	- 2,4	- 0,4
Umsatz	Mill.DM	805 360	3,6	9,9
Produktion 1970=100		119	1,4	4,9

Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

nehmende zentrale Bedeutung ein. Die sich abzeichnende Verknappung des Erdöls brachte insofern eine verstärkte Diskussion um die Verwendung alternativer Energiearten in Gang, um langfristig eine vom Öl unabhängige Versorgung der Bevölkerung und der Industrie sicherzustellen. Der Energieverbrauch des verarbeitenden Gewerbes belief sich in diesem Jahr auf insgesamt 8 Mill. t SKE. Das sind 730 000 t SKE oder 10% mehr als 1978. Im Vorjahr hatte die Zuwachsrate dagegen nur 0,2% betragen. Weitaus am stärksten zu dem Wachstum des Gesamtverbrauchs trug mit + 719 300 t SKE oder 18% die chemische Industrie bei, auf die mit 4,7 Mrd. t SKE außerdem über die Hälfte der gesamten im verarbeitenden Gewerbe eingesetzten Energie entfiel. Danach folgen die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 12 500 t SKE), der Straßenfahrzeugbau (+ 9 700 t SKE) und die Gießereien (+ 9 600 t SKE). Auch hier fällt auf, daß die Mineralölverarbeitung trotz einer erheblichen Produktionsausweitung ihren Energieeinsatz um 3,5% verringern konnte. Der Bereich Steine und Erden, der mit 8% nach der chemischen Industrie den höchsten Anteil am Gesamtverbrauch aufweist, verzeichnete ebenfalls Einsparungen.

Am gesamten Energieverbrauch der Industrie und des Handwerks ist das Heizöl mit 44% am stärksten beteiligt. Danach folgen Gas (27%), Strom (19%) und Kohle (11%). Als Folge des Anstiegs der Heizölpreise fand in diesem Jahr jedoch eine Verlagerung auf das zunächst noch billigere Gas statt. Während sich der Heizölverbrauch mit + 5,5% nur unterdurchschnittlich erhöhte, nahmen die Betriebe ein Viertel mehr Gas ab als im Vorjahr. Der Stromverbrauch nahm mit + 8,5% etwas stärker als das Heizöl zu. Die Verwendung von Kohle stagnierte (1978: — 9,4%).

Trotz der Ölverteuerung hat sich der Einsatz von Heizöl in einigen Wirtschaftszweigen überproportional erhöht. So wurden 1979 im Straßenfahrzeugbau um 6% und in der Glasherstellung und -verarbeitung um 7% mehr Heizöl verwendet als im Vorjahr. Im Steine- und Erdenbereich, bei den Gießereien sowie in der Feinkeramik wurde dagegen in stärkerem Maße auf andere Energiearten übergegangen.

Günstige Auftragslage im Wohnungsbau

Das Baugewerbe, das mit einem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt des Landes von rund 7% und einem Netz von Zulieferindustrien eine der bedeutendsten Schlüsselbranchen ist, stellte in diesem Jahr nach einer langanhaltenden Rezessionsphase wieder eine der treibenden Kräfte für die Konjunktur dar. So hat die Zahl der in diesem Wirtschaftsbereich tätigen Personen 1979 erstmals wieder um 3,5% auf rund 83 000 deutlich zugenommen. Die Baubetriebe erzielten einen Umsatz von insgesamt 6,3 Mrd. DM. Nach einem Rückgang im vergangenen Jahr um 3,9% konnten sich die Erlöse um 17% wieder erheblich verbessern. Zum Jahresende hin kündigt sich jedoch wieder eine gewisse Abschwächung der Auftriebstendenzen an.

Vom Bauboom profitierte in erster Linie das Bauhauptgewerbe, in dem die Zahl der auf Baustellen geleisteten Arbeitsstunden 1979 gegenüber dem Vor-

Verdienste und Arbeitszeiten in der Industrie im Juli

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
<u>Arbeiter</u>				
Bruttostundenverdienst insgesamt	DM	12,32	5,1	5,3
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	"	13,67	4,6	5,2
Investitionsgüterindustrien	"	12,37	5,0	5,3
Verbrauchsgüterindustrien	"	10,71	5,4	5,7
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrien	"	11,00	5,9	4,1
Bruttowochenverdienst	"	518	4,7	5,1
Bezahlte Wochenarbeits- stunden	Anzahl	42,0	- 0,2	- 0,5
Mehrarbeitsstunden	"	2,0	- 4,3	- 9,1
<u>Angestellte</u>				
Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	3 039	5,1	5,1
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	"	3 298	4,9	4,1
Investitionsgüterindustrien	"	2 957	4,2	6,2
Verbrauchsgüterindustrien	"	2 678	6,5	6,5
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrien	"	2 706	8,6	5,0

jahr wieder um 5% zugenommen hat (1978: — 1,5%). Zu dieser Entwicklung trug mit einer Erhöhung der Arbeitsleistung um 19% in erster Linie der Straßenbau bei, während der Wohnungsbau nur eine vergleichsweise geringe Zuwachsrate von 4,5% verzeichnete. Im Vergleich zu 1978, als die Wohnungsbautätigkeit noch rückläufig war, stellt dies jedoch eine Besserstellung dar. Die verstärkte Bautätigkeit führte auch zu einem erheblichen Anstieg der in diesem Wirtschaftsbereich erzielten Erlöse. So erhöhte sich der baugewerbliche Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 24% auf 5,8 Mrd. DM. Auch hier lag der Straßenbau mit einer Wachstumsrate von + 46% weit über dem Durchschnitt. Aber auch der Wohnungsbau wies mit einer Rate von + 24% eine sehr günstige Entwicklung auf.

Auf eine Abschwächung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe deutet insbesondere der Umstand hin, daß die Entwicklung des Auftragseingangs in diesem Jahr mit derjenigen des Umsatzes bei weitem nicht Schritt halten konnte. Während die Betriebe des Bauhauptgewerbes in den ersten zehn Monaten um 18,3% höhere Umsätze als im gleichen Vorjahreszeitraum erwirtschafteten, erhöhte sich der Auftragseingang nur um 8,8%. Relativ günstig schnitt mit einer Zuwachsrate von 23% der Wohnungsbau ab. Beim Straßenbau, der eine besonders hohe Bautätigkeit aufwies, zeichnet sich mit einer Auftragssteigerung von 5,9% für die Zukunft eine Abschwächung ab. Der Auftragsbestand, der sich Ende September auf einen Gesamtwert von 2,3 Mrd. DM stellte, sichert eine Auslastung der Betriebe des Bauhauptgewerbes bis weit in das nächste Jahr. Dabei schneidet auch hier der Wohnungsbau, in dem in der Regel nicht so langfristig geplant wird wie im Straßenbau, mit einer Steigerung des Auftragsbestandes gegenüber dem Vorjahr um

Baugewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
Rheinland-Pfalz				
<u>Bauhauptgewerbe</u>				
Beschäftigte (Monatsd.)	Anzahl	72 900	1,1	3
Geleistete Arbeits-				
stunden	1 000	114 920	- 1,5	5 1/2
Wohnungsbau	"	48 110	- 2,0	4 1/2
Gewerblicher Bau	"	21 050	- 4,9	- 0
Öffentlicher und Ver-				
kehrsbau	"	44 820	1,3	9
Straßenbau	"	20 870	2,1	19
Sonstiger Tiefbau	"	14 810	8,0	- 2 1/2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill.DM	1 941	5,9	11
Baugewerblicher Umsatz	"	5 792	- 3,1	25
Wohnungsbau	"	2 230	- 4,9	24
Gewerblicher Bau	"	982	- 6,1	14
Öffentlicher und Ver-				
kehrsbau	"	2 529	- 0,9	33
Straßenbau	"	1 280	4,4	47
Sonstiger Tiefbau	"	828	14,7	31
Auftragseingang ¹⁾				
(Januar - September)	"	3 230	47,4	7,4
Hochbau	"	1 810	40,5	9,6
Tiefbau	"	1 420	56,7	4,6
Auftragsbestand ¹⁾ (30.9.)				
Hochbau	"	2 329	41,2	30,3
Hochbau	"	1 358	31,5	39,0
Tiefbau	"	971	55,1	19,7
<u>Ausbaugewerbe ¹⁾</u>				
Beschäftigte (Monatsd.)	Anzahl	9 400	- 2,5	- 4 1/2
Geleistete Arbeits-				
stunden	1 000	15 515	- 4,2	- 11
Lohn- und Gehaltssumme	Mill.DM	234	5,1	- 3 1/2
Gesamtumsatz	"	782	- 9,0	11
Klempnerei, Gas- und				
Wasserinstallation	"	75	- 16,7	47
Heizungs- und Lüf-				
tungsbau	"	292	- 9,7	4 1/2
Elektroinstallation	"	175	- 11,0	28
Glasergerbe	"	54	- 11,1	17
Maler- und Lackierer-				
gewerbe	"	88	- 12,5	14
Fliesen- und Platten-				
legerei	"	75	- 6,5	- 7 1/2
Bundesgebiet (Januar - September)				
<u>Bauhauptgewerbe</u>				
Beschäftigte (Monatsd.)	1 000	1 210	1,2	2,5
Geleistete Arbeits-				
stunden	Mill.	1 225	- 3,1	- 2,7
Baugewerblicher Umsatz	Mill.DM	62 541	- 6,1	27,5
<u>Ausbaugewerbe ¹⁾</u>				
Beschäftigte (Monatsd.)	1 000	198	- 5,9	2,6
Geleistete Arbeits-				
stunden	Mill.	223	- 9,4	0,9
Gesamtumsatz	Mill.DM	10 364	- 7,7	16,8

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

64,5% und einer über dem Durchschnitt liegenden Reichweite besser ab als der Straßenbau. Die Entwicklung im Fertigteilbau ist hier besonders bemerkenswert.

Weniger günstig war die Beschäftigtenentwicklung im Ausbaugewerbe. In diesem Wirtschaftsbereich setzte sich der Rückgang des letzten Jahres verstärkt fort. So verringerte sich die Zahl der in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten tätigen Personen 1979 nochmals um 4,5% auf 9 400. Die Zahl der geleisteten Ar-

beitsstunden reduzierte sich sogar um mehr als 10%. Infolge einer deutlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität waren die Ausbaubetriebe trotzdem in der Lage, ihre Erlöse gegenüber dem Vorjahr um 11% zu erhöhen. Die günstige Auftragslage ermöglichte es, nicht unerhebliche Preisanhebungen am Markt durchzusetzen. Das stärkste Umsatzwachstum verzeichneten die Klempner, Gas- und Wasserinstallateure (+ 46%), die Elektriker (+ 28%) sowie die Glaser (+ 16%). Letztere profitierten vor allem von dem Auftragsstoß, der durch die Fördermaßnahmen im Rahmen des Energiesparprogramms verursacht wurde.

Die gestiegene Nachfrage und der zunehmende Kostendruck - die Verdienste haben sich von Juli 1978 auf Juli 1979 im Baugewerbe zwischen 7,1 und 8,4% verbessert - führten in diesem Jahr wieder zu einer Verschärfung des Preisauftriebs. So erhöhten sich die Preise für Bauleistungen und Baunebenleistungen an Wohngebäuden im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 1979 gegenüber 1978 um 7,6% im Vergleich zu einer Rate von + 4,7% im Jahre 1978, wobei der Anstieg der für Rohbauarbeiten verlangten Preise fast die 10%-Grenze erreichte. Für Ausbauarbeiten mußten die Bauherren vergleichsweise um 6,2% mehr bezahlen als 1978. Sehr stark, nämlich um 9,5%, verteuerte sich außerdem der Straßenbau.

Verdienste und Arbeitszeiten im Hoch- und Tiefbau
im Juli

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
<u>Arbeiter</u>				
Bruttostundenverdienst	DM	12,77	6,8	7,6
Bruttowochenverdienst	"	556	6,2	8,4
Bezahlte Wochenarbeits- stunden	Anzahl	43,6	- 0,7	0,9
<u>Angestellte</u>				
Bruttomonatsverdienst	DM	3 137	5,1	7,1

Lebhaftes Binnenkonjunktur begünstigt Importe

Der Außenhandel wurde im wesentlichen von einer günstigen Binnenkonjunktur und einer erheblichen Verteuerung der Einfuhrpreise für Erdöl- und Mineralölzeugnisse bestimmt. Bedingt durch die damit verbundene

Baupreise im Bundesgebiet

(Monatsdurchschnitt Februar, Mai, August)

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
Wohngebäude	1970=100	166,8	4,7	7,6
Bauleistungen und Baunebenleistungen insgesamt				
Bauleistungen am Bauwerk (reine Baukosten)				
Rohbauarbeiten				
Ausbauarbeiten				
Bürogebäude	"	169,2	4,8	7,6
	"	162,0	5,6	9,5
	"	175,7	4,2	6,2
	"	166,7	4,9	7,7
Straßenbau	"	150,1	4,8	9,5

kräftige Erhöhung der Importwerte ist mit einer deutlichen Verringerung der in den letzten Jahren durchweg beobachteten hohen Exportüberschüsse zu rechnen. Die in unseren wichtigsten Handelspartnerländern zumindest bis zum Sommer beobachtete günstige Konjunkturlage - von der in den USA schon seit längerem erwarteten Rezession ist derzeit noch wenig zu spüren - sorgte jedoch dafür, daß auch die deutschen Exporte beachtliche Zuwachsraten verzeichnen konnten, die deutlich über denen des Welthandels liegen. Die bei den inländischen Firmen kräftig gestiegenen Auslandsaufträge, vor allem im Investitionsgüterbereich, deuten darauf hin, daß mit einer Abschwächung vorerst noch nicht zu rechnen ist.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft setzte im Laufe des Jahres 1979 mit einem Gesamtwert von 18,6 Mrd. DM rund 14% mehr im Ausland ab als vor Jahresfrist und deutlich mehr als im Länderdurchschnitt (Bundesgebiet: Januar bis September + 10,4%). Die höchsten Steigerungsraten erzielten dabei die Exporte in die EG-Länder Großbritannien (+ 31%), Italien (+ 28%), Belgien-Luxemburg (+ 24%) und Niederlande (+ 20%). Der Rückgang der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten um 7,5% ist vor allem durch die Aufwertung der D-Mark im Zusammenhang mit dem Dollarverfall bedingt, die eine erhebliche Verteuerung der Ausfuhr mit sich brachte. Der amtliche Dollarkurs, der Ende 1977 noch bei 2,11 DM lag, fiel bis zum 3. Dezember dieses Jahres auf 1,71 DM und erreichte damit einen neuen Tiefstand. Weniger als im Vorjahr ausgeführt wurde ferner in die Entwicklungsländer (— 1,3%). Zu dieser Entwicklung trugen in erster Linie die OPEC-Länder bei, die 1978 noch einen Anteil an den Exporten in die Entwicklungsländer von 53% hatten. Durch einen Rückgang der Ausfuhren in diese Länder, mit denen sich in den letzten Jahren ein reger Handel entwickelt hat, um 18%, hat sich der Anteil auf 44% verringert. Die größten Einbußen ergaben sich dabei im Handel mit dem Iran (— 70%), wo auf Grund der politischen Ereignisse zahlreiche bereits vereinbarte Lieferungen nicht zur Ausführung gelangten. Der Anteil des Iran an den Exporten in die OPEC-Länder reduzierte sich dadurch von 23 auf 8,5%. An der gesamten rheinland-pfälzischen Ausfuhr war der Iran damit nur noch mit 0,6% (1978: 2,5%) beteiligt. Günstig entwickelte sich dagegen der Handel mit den Ostblockländern, die 1979 um 15% mehr an Waren abnahmen als 1978. Unter den wichtigsten Ausfuhr Gütern wiesen vor allem Kunststoffe (+ 35%) sowie chemische Halbwaren und Vorerzeugnisse (+ 28%) überdurchschnittliche Wachstumsraten auf. Aber auch Kraftfahrzeuge, die im letzten Jahr eine deutliche Einbuße (— 14,5%) erlebten, trugen mit + 13% zu der Entwicklung bei.

Ungleich stärker als die Ausfuhr erhöhte sich die rheinland-pfälzische Einfuhr, und zwar um 28% auf 13,3 Mrd. DM (Bundesgebiet: Januar bis September + 18,1%). Zu diesem Ergebnis trugen - von ihrem Gewicht her - mit einem Wachstum von 1,4 Mrd. DM oder 23% zwar am meisten die EG-Länder und hier insbesondere die Länder Belgien-Luxemburg (+ 35%) und Frankreich (+ 28%) bei. Die EG-Länder bestritten 1979 allein 54% aller rheinland-pfälzischen Importe.

Ausfuhr

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
Rheinland-Pfalz				
<u>Insgesamt</u>	Mill. DM	18 612	- 2,3	14
EG-Länder	"	8 907	- 1,7	22
Frankreich	"	2 607	- 4,3	15
Italien	"	1 494	0,6	28
Niederlande	"	1 474	- 9,2	20
Belgien-Luxemburg	"	1 550	2,8	24
Großbritannien	"	1 324	4,3	31
Andere europäische Länder	"	3 662	- 4,1	19
Schweiz	"	809	5,6	16
Österreich	"	844	- 6,1	23
USA	"	857	18,5	- 7 1/2
Entwicklungsländer	"	3 313	- 10,1	- 1 1/2
OPEC-Länder	"	1 442	- 18,8	- 18
Ostblockländer	"	1 068	8,0	15
Ernährungswirtschaft	"	1 061	5,5	19
Wein	"	481	20,0	8 1/2
Gewerbliche Wirtschaft	"	17 551	- 2,7	14
Chemische Halbwaren und Vorerzeugnisse	"	3 336	0,7	28
Kunststoffe	"	1 661	- 2,3	35
Maschinen	"	2 736	- 5,1	1 1/2
Chemische Erzeug- nisse	"	1 681	4,2	9 1/2
Kraftfahrzeuge	"	3 416	- 14,5	13
Bundesgebiet (Januar - September)				
<u>Insgesamt</u>	Mrd. DM	229	3,8	10,4
EG-Länder	"	111	4,7	16,4
Andere europäische Länder	"	47	- 3,0	14,0
USA	"	15	12,8	2,6
Entwicklungsländer	"	33	3,5	- 5,8
OPEC-Länder	"	14	0,4	- 23,0
Ostblockländer	"	14	7,8	7,7

Relativ nahmen die Importe aus den Entwicklungsländern (+ 41%) und hier insbesondere aus den OPEC-Ländern (+ 81%) jedoch weit stärker zu. Der Anteil der OPEC-Länder an den Einfuhren aus den Entwicklungsländern erhöhte sich dadurch von gut der Hälfte auf zwei Drittel. An der gesamten rheinland-pfälzischen Einfuhr partizipierten die OPEC-Länder nunmehr mit 15% gegenüber nur 11% in 1978. Aus dem Bereich der OPEC, deren Exporte nach Rheinland-Pfalz zu über 95% aus Erdöl bestehen, nahmen die Warenströme am stärksten aus Libyen (+ 976%), den Vereinigten Arabischen Emiraten (+ 641%), Saudi-Arabien (+ 65%) und Nigeria (+ 62%) zu. Die Bezüge aus dem Iran, der mit nur knapp 5% an den Importen aus der OPEC beteiligt ist, erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 21%. Nur etwa 4% des nach Rheinland-Pfalz gelieferten Erdöls stammen aus dem Iran. Neben den Entwicklungsländern verzeichneten die Importe aus dem Ostblock (+ 68%) sowie den USA (+ 35%) bedeutsame Wachstumsraten. Nach Warenarten sind außer dem Erdöl (+ 70%) vor allem Ölfrüchte (+ 376%), die überwiegend aus Amerika stammen, Kunststoffe (+ 77%) sowie chemische Halbwaren und Vorerzeugnisse (+ 45%) zu nennen.

Die Außenhandelsergebnisse wurden diesmal in einem besonders hohen Maße von der Preisentwick-

lung beeinflusst. So verteuerten sich in den Monaten Januar bis September die Einfuhren gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 10,4% gegenüber einer Teuerungsrate von nur 4,5% bei den Ausfuhren. Zu den hohen Preissteigerungen auf der Importseite trugen in erster Linie Erdöl (+ 18%) und Mineralöl-erzeugnisse, wie Kraftstoffe und Heizöl, bei, die sich mit + 74% in noch weit stärkerem Maße verteuerten als Erdöl. Im September 1979 erhöhte sich gegenüber September 1978 der Einfuhrpreis für Erdöl um 47%, derjenige für Motorenbenzin um 84% und für leichtes Heizöl sogar um 104%. Auf der Exportseite waren es ebenfalls die Mineralöl-erzeugnisse, die wesentlich zur Teuerung beitrugen. Hier erhöhten sich die Preise für leichtes Heizöl in den Monaten Januar bis September gegenüber dem Vorjahr um 40% und für Kraftstoffe um 34%. Erheblich gestiegen sind die Preise außerdem für Kunststoffe (+ 19%).

Wachstumsraten im Fremdenverkehr

Der Fremdenverkehr hat sich auch im Berichtsjahr als wachstums- und regionalpolitischer Entwicklungs-

Einfuhr

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
Rheinland-Pfalz				
<u>Insgesamt</u>	Mill.DM	13 348	4,1	28
EG-Länder	"	7 171	8,5	23
Frankreich	"	1 980	4,3	28
Italien	"	1 235	21,1	14
Niederlande	"	1 549	8,6	15
Belgien-Luxemburg	"	1 878	1,1	35
Großbritannien	"	385	17,8	29
Andere europäische				
Länder	"	1 379	15,2	25
Schweiz	"	260	14,4	29
Österreich	"	403	22,6	36
USA	"	897	- 20,9	35
Entwicklungsländer	"	3 050	- 0,6	41
OPEC-Länder	"	2 025	- 1,5	81
Algerien	"	224	18,7	7
Nigeria	"	543	7,2	62
Saudi-Arabien	"	307	13,5	65
Arabische Emirate	"	289	- 59,6	641
Libyen	"	829	- 60,6	976
Ostblockländer	"	452	8,4	68
Ernährungswirtschaft	"	1 899	- 4,1	16
Ölfrüchte zur Ernährung	"	723	- 51,8	376
Wein	"	340	7,0	23
Gewerbliche Wirtschaft	"	11 444	5,8	30
Erdöl, roh	"	2 066	- 0,9	70
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	"	901	12,5	5
Chemische Halbwaren und Vorerzeugnisse	"	1 760	- 1,4	45
Kunststoffe	"	591	- 7,6	77
Maschinen	"	818	22,9	27
Bundesgebiet (Januar - September)				
<u>Insgesamt</u>	Mrd.DM	211	3,1	18,1
EG-Länder	"	103	5,6	17,0
Andere europäische				
Länder	"	32	16,5	18,5
USA	"	14	- 2,6	16,7
Entwicklungsländer	"	39	- 9,8	19,4
OPEC-Länder	"	19	- 19,7	32,8
Ostblockländer	"	11	12,5	23,9

faktor erwiesen, obwohl die Preise für touristische Dienstleistungen weiter angestiegen sind und auch das Wetter in der Urlaubssaison nicht günstig war. Gleichwohl stieg auf Grund des vorhandenen Fremdenverkehrsangebotes und einer intensivierten Fremdenverkehrswerbung die touristische Nachfrage weiter an. Im Sommerhalbjahr 1979 hat sich die Zahl der Übernachtungen in den 288 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden gegenüber dem Vorjahr um 4,7% auf 9,8 Mill. erhöht. Am meisten profitierten von dieser Entwicklung mit + 7,5% Eifel und Ahr, ein typisches Erholungsgebiet, das im letzten Jahr noch einen Rückgang um 1,4% verzeichnete, und die Pfalz (+ 7,9%), die in zunehmenden Maße als Wandergebiet entdeckt wird. Auch das Gebiet Westerwald/Lahn/Taunus, das 1978 mit - 5,0% die größte Einbuße hinnehmen mußte, er-

Einzelhandel und Lebenshaltung

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
Rheinland-Pfalz				
<u>Einzelhandel</u>				
Beschäftigte (Monatsd.)	1970=100	107	1,7	0
Umsatz	"	208	6,2	6 1/2
Einzelhandelspreise im Bundesgebiet MD Januar - Oktober	"	150,8	2,4	4,0
<u>Preisindex der Lebens-</u> <u>haltung¹⁾</u>				
im Bundesgebiet MD Januar - Oktober	"	156,1	2,7	4,1
Nahrungs- und Genuß- mittel	"	147,3	1,2	1,2
Kleidung und Schuhe	"	160,1	4,6	4,2
Wohnungsmieten	"	153,2	3,0	3,0
Bundesgebiet (Januar - September)				
<u>Einzelhandel</u>				
Beschäftigte (Monatsd.)	1970=100	99	0,4	1,1
Umsatz	"	192	6,2	6,1

1) Alle privaten Haushalte.

reichte 1979 wieder positive Fremdenverkehrszahlen (+ 1,7%). Die Zahl der Gäste erhöhte sich insgesamt um 1,7%, was auf eine Verlagerung zum längerfristigen Erholungsverkehr hindeutet. Da die deutlich gestiegenen Fremdenverkehrszahlen nur von einer geringfügigen Erweiterung der Bettenkapazität (+ 1,2%) begleitet waren, konnte im Sommerhalbjahr auch eine bessere Ausnutzung des vorhandenen Übernachtungsangebotes erreicht werden.

Zum Teil in Folge des gestiegenen Fremdenverkehrs erhöhten sich die Umsätze im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe nominal um 3,5%. Dabei wies das Beherbergungsgewerbe mit einer Zuwachsrate von 4% eine günstigere Entwicklung auf als das Gaststättengewerbe (+ 3%). Berücksichtigt man aber, daß die Übernachtungspreise in Rheinland-Pfalz im August 1979 gegenüber August 1978 um durchschnittlich 4,5% anzogen, so bleibt real auch hier vom Wachstum nichts mehr übrig. Die Preise für die gängigsten Speisen erhöhten sich gleichzeitig im Mittel um etwa 5%. Die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Gastgewerbe-

umsätze liegt damit im Bundesdurchschnitt. Bei den Übernachtungszahlen errechnete sich für den Zeitraum Januar bis Juli mit + 3,9% für Rheinland-Pfalz ein doppelt so hohes Wachstum wie für den Bund (+ 2%). Allerdings konnten bei diesem Vergleich die Sommermonate August und September nicht berücksichtigt werden.

Kontensparen verliert an Beliebtheit

Die Geldgeschäfte der Banken waren in starkem Maße von den Maßnahmen der Deutschen Bundesbank beeinflusst. Der 1979 in kurzen Abständen dreimaligen Erhöhung des Diskontsatzes von 3% auf 6% ist der Spareckzins nur in geringem Maße gefolgt (2,5 auf 3,5%). Die privaten Anleger, die in den letzten Jahren in der Geldanlage offenbar mobiler geworden sind, zogen hieraus Konsequenzen. So haben in Rheinland-Pfalz im zu Ende gehenden Jahr die Einlagen in Form von Sicht- und Termingeldern um 10% zugenommen, die Einlagen auf Sparkonten dagegen nur um 3%. Die seit Jahresanfang konstant ansteigende Umlaufrendite (von 6,7 auf 7,9% im Oktober) führte zu erheblichen Anlagen vor allem von festverzinslichen Wertpapieren.

Andererseits gaben die Banken um 16% mehr kurzfristige und um 13% mehr mittelfristige Kredite an Private, Unternehmen und öffentliche Haushalte. Daß

Geld und Kredit

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
<u>Kreditinstitute</u>				
Kredite an inländische				
Nichtbanken	Mill. DM	53 917	14,4	13
kurzfristig	"	10 852	6,9	16
mittelfristig	"	6 600	29,1	13
langfristig	"	36 466	14,3	13
Einlagen und aufge-				
nommene Kredite				
von Nichtbanken	"	44 664	11,7	6
Sicht- und Termingelder	"	18 328	19,4	10
Spareinlagen	"	26 336	7,1	3
<u>Zahlungsschwierigkeiten</u>				
<u>(Januar - September)</u>				
Konkurse	Anzahl	321	8,7	- 11,1
Vergleichsverfahren	"	2	150,0	- 60,0
Gesamtforderungshöhe				
bei den Konkursen	Mill. DM	74	- 17,6	- 24,8

die Zuwachsrate für langfristige Kredite ebenfalls noch 13% erreichte, ist auf die Entwicklung im ersten Halbjahr zurückzuführen, als von den Banken in großem Umfang noch Kreditzusagen aus dem Vorjahr realisiert werden mußten.

Gastgewerbe und Fremdenverkehr

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1978	1979
Rheinland-Pfalz				
<u>Gastgewerbe</u>				
Beschäftigte	1970=100	97	1,1	-
Umsatz	"	149	3,7	3 1/2
Gaststättengewerbe	"	137	3,7	3
Beherbergungsgewerbe	"	164	3,7	4
<u>Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr in 288 Berichtsgemeinden</u>				
Bettenkapazität am 1.4.	Anzahl	122 387	2,1	1,2
Gäste	1 000	2 493	3,9	1,7
Übernachtungen	"	9 764	0,6	4,7
Rheintal	"	1 405	- 2,0	3,6
Rheinhessen	"	400	- 0,4	2,6
Eifel/Ahr	"	1 867	- 1,4	7,5
Mosel/Saar	"	2 536	4,7	3,0
Hunsrück/Nahe/Glan	"	1 081	2,4	5,2
Westerwald/Lahn/Taunus	"	1 009	- 5,0	1,7
Pfalz	"	1 466	2,2	7,9
Bundesgebiet (Januar - September)				
<u>Gastgewerbe</u>				
Umsatz	1970=100	157	3,8	3,7

40 Baupleiten

Anhaltspunkte für die Einschätzung der konjunkturellen Situation bietet auch die Zahl der eröffneten Konkurse und der damit voraussichtlich verbundenen Forderungen. Einen Höhepunkt verzeichnete das Jahr 1976 mit 539 Konkursen und Forderungen von insgesamt mehr als 600 Mill. DM.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden bei den rheinland-pfälzischen Amtsgerichten 322 Anträge auf Konkurseröffnung gestellt, darunter 20 mit Forderungen in Millionenhöhe. Die gesamte Forderungshöhe wird sich voraussichtlich auf 74 Mill. DM belaufen und damit im Jahresergebnis deutlich unter dem Wert von 1978 (210 Mill. DM) bleiben. Auch ihrer Zahl nach liegen die Insolvenzen in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr deutlich niedriger als 1978, was insbesondere für die Unternehmens-Insolvenzen gilt. Betroffen waren unter anderem 67 Handelsunternehmen, 39 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und - trotz der äußerst günstigen Baukonjunktur - 40 Bauunternehmen. Mehr als zwei Drittel der Firmen hatten bis zu ihrer Auflösung erst weniger als acht Jahre bestanden.

Diplom-Volkswirt J. Gebauer
Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Fortschreibung der Bevölkerung

Methode, Unterschiede zu den Zahlen der Melderegister, künftige Entwicklung

Interesse, aber auch Kritik an den Zahlen der amtlichen Statistik sind verständlicherweise besonders dann rege, wenn diese als Bemessungsgrundlage für finanzielle Leistungen dienen. So erklärt es sich, daß nicht wenige Gemeinden im Hinblick auf den Finanzausgleich die in der Regel höheren Bevölkerungszahlen der Register zum Anlaß nehmen, gegen die Fortschreibung des Statistischen Landesamtes Einspruch zu erheben. Hier können Korrekturen der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung allerdings nur anhand von Einzelnachweisen fehlerhafter Meldungen vorgenommen werden. Summarische Angaben reichen nicht aus.

Obwohl die Gemeinden mehrfach auf die Ursachen der Differenzen hingewiesen wurden, trifft der Statistiker noch häufig auf Unkenntnis der Methode der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung. Im folgenden soll daher einem breiteren Leserkreis dargestellt werden, wie das Statistische Landesamt die Bevölkerungszahlen der Gemeinden ermittelt und woher die Unterschiede zur Fortschreibung der Rechenzentren rühren.

Da sich die Verhältnisse von Gemeinde zu Gemeinde unterscheiden können, soll und kann der folgende Beitrag keine Sammelantwort an die betroffenen Gemeinden sein, sondern nur die grundsätzliche Problematik ansprechen. Im Statistischen Landesamt wird jeder strittige Einzelfall meist unter erheblichem Aufwand geprüft.

Fortschreibungsbasis: Wohnbevölkerung der letzten Volkszählung

Der amtlichen Statistik ist im Jahre 1957 durch §§ 1 und 6 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694), geändert durch Gesetz vom 6. Januar 1971 (BGBl. I S. 9), aufgetragen worden, die Bevölkerungszahl auf der Grundlage der jeweils letzten allgemeinen Zählung der Bevölkerung nach den Ergebnissen der Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle) und der Wanderungen (Zu- und Fortzüge) fortzuschreiben.

Ausgangsbasis für die Bevölkerungsfortschreibung ist die bei der letzten Volkszählung ermittelte Wohnbevölkerung. Zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde gehören alle Personen, die dort ihre ständige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen werden der Gemeinde zugeordnet, von der aus sie regelmäßig zur Arbeit oder Ausbildung gehen, nicht Erwerbstätige oder nicht in Ausbildung stehende Personen der Gemeinde, in der sie sich überwiegend aufhalten.

Die exakte Definition der Wohnbevölkerung bei Volkszählungen gewährleistet die Genauigkeit der Zählung. Hierzu gehört vor allem, daß Personen mit mehreren Wohnsitzen bei der Feststellung der Bevölkerung übergemeindlicher Gebiete nur einmal gezählt werden. Der Anwendung des Begriffs der Wohn-

bevölkerung zur Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl einer Gemeinde liegt eine Entscheidung des Bundesministers des Innern zugrunde.

Der Vollständigkeit wegen sei erwähnt, daß Personen mit weiterem Wohnsitz im Ausland der Wohnbevölkerung ihrer Heimatgemeinde im Bundesgebiet, Soldaten im Grundwehrdienst und Soldaten auf Wehrübung der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung, Patienten in Krankenhäusern sowie Personen in Untersuchungshaft der Wohnbevölkerung ihrer eigentlichen Wohngemeinde zugerechnet werden. Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften gehören dagegen ebenso wie Strafgefangene und alle sonstigen Insassen von Anstalten zur Wohnbevölkerung der Anstaltsgemeinde.

Nicht zur Wohnbevölkerung gehören die Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen, wohl aber das bei ihnen beschäftigte deutsche und ausländische Personal sowie alle sonstigen Ausländer ohne Sonderstatus.

Lückenlose Erfassung der Geburten und Sterbefälle gewährleistet

Die Fortschreibung der Wohnbevölkerung einer Gemeinde basiert letztlich auf einer Folge von Additionen und Subtraktionen. Von der bei der letzten Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahl ausgehend werden die Geburten und Zuzüge addiert, die Sterbefälle und Fortzüge subtrahiert.

Die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung hat ihre Rechtsgrundlage in § 2 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Hiernach sind die Standesbeamten verpflichtet, bei Geburten und Sterbefällen statistische Zählkarten auszufüllen, die dem Statistischen Landesamt monatlich übersandt werden. Da das Personenstandsgesetz die standesamtliche Beurkundung jeder Geburt und jedes Sterbefalles zur Pflicht macht, kann von einer lückenlosen Erfassung der Geburten und Sterbefälle ausgegangen werden.

Im Rahmen der gemeindeweisen Bevölkerungsfortschreibung kommt der Zuordnung jedes einzelnen Geburts- oder Sterbefalles zur richtigen Gemeinde besondere Bedeutung zu. Diese wird dadurch erreicht, daß sie sich nicht nach der Gemeinde, in der sich die Geburt bzw. der Sterbefall ereignet hat (Ereignisgemeinde), sondern bei Geburten nach der Wohngemeinde der Mutter, bei Sterbefällen nach der Wohngemeinde des Verstorbenen richtet.

Wanderungsstatistik fehleranfälliger

Kann die Standesamtsstatistik als absolut zuverlässige Grundlage für die Bevölkerungsfortschreibung angesehen werden, so haften der Wanderungsstatistik

gewisse Mängel an, die damit zusammenhängen, daß die Meldeordnung von den Meldepflichtigen oft nur ungenügend beachtet und auch von den Meldebehörden nicht immer richtig gehandhabt wird. Nach den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Meldegesetz müssen die Meldebehörden dem Statistischen Landesamt monatlich je ein Exemplar aller An- und Abmeldungen übersenden. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Anmeldungen, die nur einen Wohnungswechsel innerhalb derselben Gemeinde anzeigen (Ummeldungen). Ein Meldeschein ist auch dann zu übersenden, wenn die Meldebehörde von sich aus einen Fortzug feststellt (Abmeldungen von Amts wegen).

Im Interesse einer genauen Bevölkerungsfortschreibung werden im Statistischen Landesamt alle Meldescheine eingehend überprüft. Meldescheine, die erkennen lassen, daß für die eingetragene Person keine Meldepflicht gegeben war, werden ebenso ausgeschieden, wie Meldescheine für Neugeborene, wenn sich aus dem Vergleich mit der Geburtszahlkarte nur ein Wechsel von der Geburtsgemeinde zur Wohngemeinde der Mutter ergibt.

Umzüge werden grundsätzlich nur anhand der Anmeldungen erfaßt

Um eine möglichst vollständige Erfassung aller Meldefälle und eine richtige Gemeindezuordnung auch bei mangelhaften Ortsangaben zu erreichen, führte die Meldeordnung vom 25. November 1958 den statistischen Belangen besser entsprechende An- und Abmeldescheine ein. Zur Ausschaltung von Fehlerquellen, die sich aus gleichlautenden Gemeinidenamen ergeben, wurden den Meldebehörden Gemeinidekennziffernstempel zum Aufdruck auf den Meldeschein zur Verfügung gestellt und die Meldebehörden außerdem aufgefordert, auf den Anmeldescheinen die Gemeinidekennzahl der Herkunftsgemeinde aus dem Abmeldeschein zu übertragen. Zwischen den Statistischen Landesämtern besteht eine Vereinbarung, die Wandervorgänge von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde innerhalb des Bundesgebietes grundsätzlich nur aufgrund der Anmeldescheine zu erfassen. Ausschlaggebend hierfür war die Erfahrung, daß jedem Bürger die Notwendigkeit der polizeilichen Anmeldung aufgrund der damit verbundenen Rechtsfolgen eingeht, während die Abmeldung nicht selbstverständlich ist und daher oft unterlassen wird. Die Anmeldung muß nämlich spätestens dann nachgeholt werden, wenn der Zugezogene eine Lohnsteuerkarte benötigt, seine Eintragung in das Wählerverzeichnis betreibt oder aus anderweitigem Grund bei der Gemeindeverwaltung vorstellig wird. Die Meldebehörde der Zuzugsgemeinde ist zwar durch die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Meldegesetz verpflichtet, durch eine „Rückmeldung“ die Meldebehörde der Wegzugsgemeinde von der Anmeldung zu unterrichten. Dieser Nachrichtenaustausch wird aber erfahrungsgemäß nur sehr mangelhaft, von einzelnen Gemeinden überhaupt nicht vorgenommen.

Die amtliche Statistik hat sich also auf die vollständigere Erfassungsmöglichkeit der Zu- und Fortzüge mittels der Anmeldungen festgelegt. Jeder Anmeldeschein eines Wohnungswechsels innerhalb der Bundesrepublik sowie jeder Abmeldeschein, aus dem ein

Fortzug nach einem Land außerhalb der Bundesrepublik hervorgeht, wird für die gemeindeweise Bevölkerungsfortschreibung entsprechend ausgewertet. Bei Zu- und Fortzügen innerhalb des Bundesgebietes dient der Anmeldeschein somit der Erfassung der Zugänge in der Zuzugsgemeinde und gleichzeitig der Erfassung der Abgänge von der Fortzugsgemeinde, da er sowohl den Namen und die Gemeinidekennzahl der Gemeinde der neuen Wohnung (Zuzugsgemeinde) als auch den Namen und - falls von der Meldebehörde ausgefüllt - die Gemeinidekennzahl der Gemeinde der bisherigen Wohnung (Fortzugsgemeinde) enthält. Abmeldescheine von Personen, die innerhalb des Bundesgebietes umziehen, werden somit im Statistischen Landesamt nicht ausgewertet. Mit dieser Methode, aus dem Anmeldeschein den Zuzug in eine Gemeinde und den Fortzug aus einer Gemeinde gleichzeitig festzustellen, werden auch Fortzüge erfaßt, bei denen eine Abmeldung unterlassen worden ist. Neben der vollständigeren Erfassung der Wandervorgänge innerhalb des Bundesgebietes wird so zugleich eine rationelle Arbeitsweise in den Statistischen Landesämtern erreicht.

Für das reibungslose Funktionieren dieser Methode auf Bundesebene sorgt ein Informationsaustausch zwischen den Statistischen Landesämtern. Meldet sich beispielsweise eine Person in München unter Angabe der bisherigen Wohnung in Mainz an, so erhält das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz vom Bayerischen Statistischen Landesamt die entsprechenden Daten, aufgrund deren bei der Wohnbevölkerung von Mainz eine Person abgesetzt wird, während vom Bayerischen Statistischen Landesamt bei der Wohnbevölkerung von München eine Person hinzugesetzt wird.

Personen, die eine neue Wohnung beziehen, ohne die bisherige Wohnung aufzugeben, haben einen Anmeldeschein in der Gemeinde der neuen Wohnung auszufüllen, eine Abmeldung in der Gemeinde der bisherigen Wohnung erfolgt nicht. Da es sich bei solchen Anmeldungen überwiegend um Fälle handelt, bei denen der Meldepflichtige von der neuen Wohnung aus zur Arbeit oder Ausbildung geht, wurde im Sinne der Definition der Wohnbevölkerung bis 1972 der Anmeldeschein als Unterlage für einen Zugang in der neuen Gemeinde und gleichzeitig für einen Abgang aus der Gemeinde der beibehaltenden Wohnung gewählt. Mit der Zunahme der Nebenwohnungen zu Erholungszwecken (Ferien-, Wochenendhäuser) wurde dieses Verfahren problematisch. Die Gemeinden wurden daher durch ein Rundschreiben des rheinland-pfälzischen Ministeriums des Innern vom 19. Mai 1972 aufgefordert, bei polizeilichen An- und Abmeldungen ab 1. Juli 1972 die Meldepflichtigen mit mehreren Wohnungen nach objektiven Merkmalen zu fragen, die ihre richtige Zuordnung zur Wohnbevölkerung ermöglichen. Meldet sich eine Person vom zweiten Wohnsitz wieder ab, so wird bei Rückkehr zum Hauptwohnsitz die Abmeldung als Unterlage für den Abgang aus der Gemeinde des zweiten Wohnsitzes und gleichzeitig für den Zugang in die Gemeinde der beibehaltenden bisherigen Wohnung gewertet.

Entgegen dem allgemeinen Grundsatz, Personen mit Wohnsitz in mehreren Gemeinden zur Wohnbevölkerung der Gemeinde zu zählen, von der aus sie zur

Arbeit oder Ausbildung gehen, sind gemäß Definition der Wohnbevölkerung Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugerechnet. Die Befreiung dieses Personenkreises von der Meldepflicht beeinflusst daher die amtliche Fortschreibung im Sinne des Wohnbevölkerungsbegriffs nicht. Dagegen wirkt sich zum Beispiel die Befreiung der Strafgefangenen von der Meldepflicht insoweit fehlerhaft für die Fortschreibung aus, als der anlässlich der Volkszählung ermittelte Personenkreis in der Wohnbevölkerung der jeweiligen Anstaltsgemeinde unverändert bis zur nächsten amtlichen Zählung enthalten bleibt.

Differenzen durch unterschiedliche Ausgangsbasis

Sucht man nun nach den Ursachen der Differenzen zwischen den Bevölkerungszahlen der Rechenzentren und den Fortschreibungsergebnissen des Statistischen Landesamtes, so gibt oft bereits die Ausgangsbasis Aufschluß. Die Fortschreibung bei den Rechenzentren basiert häufig nicht auf dem Bevölkerungsstand der letzten Volkszählung, sondern auf teilweise veralteten Einwohnerkarteien, die nicht mit den Volkszählungsergebnissen abgeglichen waren. Obwohl § 8 des Volkszählungsgesetzes 1970 den Gemeinden ausdrücklich einräumte, die Erhebungslisten der Volkszählung zur Berichtigung der Melderegister heranzuziehen, und das Statistische Landesamt schriftlich auf größere Differenzen hingewiesen hatte, haben offenbar zahlreiche Gemeinden von der Möglichkeit des Registerabgleichs keinen Gebrauch gemacht. Außerdem wurde bei der Übernahme der Karteien durch die Rechenzentren keine Entscheidung getroffen, ob eine Person zur Wohnbevölkerung zählte oder nicht.

Nach § 13 der Gemeindeordnung ist Einwohner einer Gemeinde, wer in der Gemeinde wohnt. Diese Definition entspricht grundsätzlich den Gegebenheiten des Melderechts und bedeutet, daß Personen mit mehreren Wohnsitzen auch in den Einwohnerzahlen mehrerer Gemeinden enthalten sind. Bei der Feststellung der Wohnbevölkerung ist dagegen entscheidend, daß jede Person nur einmal gezählt wird.

Fortschreibung nach verschiedenen Bevölkerungsbegriffen

Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß das Statistische Landesamt von der anlässlich der letzten Volkszählung ermittelten Wohnbevölkerung ausgehend nur Personen in die Fortschreibung einbezieht, die zur Wohnbevölkerung der Zu- bzw. Fortzugsgemeinde gehören. Die Register dagegen müssen alle Meldetfälle aufgrund der melderechtlichen Vorschriften, wonach jedes Beziehen einer Wohnung meldepflichtig ist, behandeln und die einzelnen Personen bei der Gemeinde registrieren, ob sie zur Wohnbevölkerung zählen oder nicht. Wohnung i. S. des Meldegesetzes ist jeder Raum, der zum Wohnen oder Schlafen benutzt wird. Bei Personen mit mehreren Wohnsitzen wird wohl auch in den Registern festgehalten, ob es sich um einen Haupt- oder Nebenwohnsitz handelt. Fraglich ist jedoch, in wieweit bei der späteren Ausweisung der Zahlen nach verschiedenen Bevölkerungsbegriffen nach den Definitionen der amtlichen Statistik verfahren wird. Während die amtliche Statistik eine Per-

son mit mehreren Wohnungen nach den objektiven Merkmalen des Wohnbevölkerungsbegriffs zuordnet, kann der Meldepflichtige nach dem Melderecht selbst erklären, welche Wohnung seine Hauptwohnung ist.

Überhöhte Registerzahlen durch unterlassene Abmeldungen

Die Hauptursache für eine Überhöhung der Registerzahlen ist nach den Erfahrungen des Statistischen Landesamtes aber vor allem die Tatsache, daß polizeiliche Abmeldungen durch die Bevölkerung schlechter vollzogen werden als die polizeilichen Anmeldungen und daß Rückmeldungen von zahlreichen Meldebehörden unvollständig oder garnicht vorgenommen werden.

Die Argumentation, daß der Registerbestand anhand des Rücklaufs nichtzustellbarer Lohnsteuerkarten, Wahlbenachrichtigungen, Impfaufforderungen usw. ständig berichtigt würde, übersieht, daß durch den Rücklauf nur ein begrenzter Personenkreis erfaßt wird, zum anderen unzustellbare Benachrichtigungen häufig überhaupt nicht an die Meldebehörde zurückgegeben werden. In Einzelfällen scheinen auch mögliche Korrekturen nicht mit letzter Konsequenz durchgeführt zu werden.

Besondere Probleme treten bei Umzügen unter Beibehaltung der bisherigen Wohnung auf. Einer Anmeldung muß nämlich keine Abmeldung vorausgehen, wenn die bisherige Wohnung beibehalten wird. In diesen Fällen müßte zwar das sogenannte Rückmeldeverfahren Platz greifen, der Nachrichtenaustausch zwischen den Meldebehörden funktioniert jedoch nicht überall; er wird häufig sogar völlig unterlassen. Die statistische Behandlung der Personen, die sich zum zweiten Wohnsitz an- oder dort abmelden, macht den Hauptunterschied in den Fortschreibungsmethoden aus.

Fehlerquellen für die amtliche Statistik birgt die ungenaue Ausfüllung der Meldescheine, vor allem mangelhafte oder falsche Angaben über die Wegzugsgemeinde bei Anmeldungen. Daneben können bei Wegzügen in andere Bundesländer Gemeinden gleichen Namens bei der Fortschreibung verwechselt werden, wenn im Statistischen Landesamt des Zuzuglandes eine falsche Zuordnung erfolgte. Da die Landesämter keine Meldescheine, sondern nur Datenträger austauschen, sind solche Fehler allenfalls bei Einsprüchen durch Nachkontrolle der Abmeldungen korrigierbar.

Neuordnung der Fortschreibung vom Volkszählungstichtag 1981 an erforderlich

Im Hinblick auf die Bedeutung des Bevölkerungsstandes für zahlreiche Rechtsgrundlagen kann künftig nicht mehr hingenommen werden, daß die Einwohnerregister andere Bevölkerungszahlen ausweisen als Volkszählung und Bevölkerungsfortschreibung. Hinzu kommt, daß die Zweigleisigkeit der Berichtswege im Meldewesen und in der amtlichen Statistik aus Gründen der Rationalisierung und Kosteneinsparung nicht mehr vertretbar ist. Die amtliche Statistik wird daher künftig vom bisherigen Weg der Datenerfassung über Einzelbelege zum Datenträgeraustausch mit den Re-

chenzentren übergehen müssen. Dies kann durchaus schrittweise geschehen und erscheint zunächst für die polizeilichen An- und Abmeldungen möglich und sinnvoll.

Vereinheitlichung des Bevölkerungsbegriffs steht bevor

Eine wichtige Voraussetzung zur Realisierung dieses Vorhabens ist die Vereinheitlichung des Bevölkerungsbegriffs hinsichtlich der Personen mit mehreren Wohnungen für alle Verwaltungsebenen. Die objektivierte Definition der Hauptwohnung nach dem Entwurf des Melderechtsrahmengesetzes bietet hierfür einen brauchbaren Kompromiß.

Nach § 12 dieses Gesetzentwurfes ist die vorwiegend benutzte Wohnung eines Einwohners mit mehreren Wohnungen die Hauptwohnung. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. Hauptwohnung eines unverheirateten Einwohners ist die Wohnung, von der aus er seinem Beruf oder seiner Ausbildung nachgeht, es sei denn, daß er diese Wohnung nicht vorwiegend benutzt. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der von seiner Familie getrennt lebt oder dessen Familie außerhalb des Geltungsbereiches des Bundesmeldegesetzes lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt. Jede weitere Wohnung des Einwohners ist eine Nebenwohnung.

Volkszählung 1981 bietet die Chance des Datenabgleichs

Eine auf allen Ebenen gleiche Bevölkerungfortschreibung setzt zunächst Übereinstimmung der Ausgangsbestände voraus. Die Möglichkeit hierzu bietet die Volkszählung 1981, deren Fragenprogramm eine Aufbereitung nach dem neuen Bevölkerungsbegriff vorsieht. Gelingt der Abgleich der Datenbestände nach einem einheitlichen Bevölkerungsbegriff dann nicht,

so ist voraussichtlich die Chance für die nächsten zehn Jahre, das heißt bis zur nächsten Volkszählung, vertan. Aus diesem Grunde müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um durch Bundes- oder Landesrecht die für das neue Melderecht vorgesehene Definition der Hauptwohnung für den Zeitraum nach der Volkszählung als maßgeblichen Bevölkerungsbegriff verbindlich zu machen.

Die Möglichkeit des Abgleichs der Datenbestände hat der Gesetzgeber im Entwurf des Volkszählungsgesetzes 1981 vorgesehen. Die Gemeinden müssen allerdings wissen, daß Vollständigkeit der Erfassung der Bevölkerung einsatzbereite und verantwortungsbewußte Zähler sowie personell ausreichend besetzte Zählungsdienststellen voraussetzt. Unterlassungen im Rahmen der Volkszählung sind später erfahrungsgemäß kaum mehr korrigierbar. Es ist vorgesehen, den Gemeinden den Datenabgleich dadurch zu erleichtern, daß ihnen Ausdrücke aller zum Zählungstichtag in der Datei gespeicherten Personen zur Verfügung gestellt werden. Anhand dieser Listen können Abweichungen festgestellt, zweifelhafte Einzelfälle überprüft und so Unter- sowie Übererfassungen im Rahmen der Volkszählung bzw. in den Registern behoben werden.

Fortschreibungsverfahren der Melderegister sollte verbessert werden

Die registerführenden Stellen sollten außerdem die Erfahrungen der amtlichen Statistik zu einer Verbesserung des Datenaustausches nutzen. Es ist durchaus denkbar, daß auch sie künftig die von der Zuzugsgemeinde gemeldeten polizeilichen Anmeldungen zugleich als Abmeldung aus der Wegzugsgemeinde verwenden. Zusätzliche Genauigkeit des Verfahrens ist durch Zusammenführung der An- und Abmeldungen bei Gemeinden, deren Namen zu Verwechslungen Anlaß geben, erreichbar. Wesentlich erleichtert würde die bevorstehende Aufgabe allerdings durch das vom Gesetzgeber zunächst vorgesehene, später aber wieder verworfene bundeseinheitliche Personenkennzeichen.

Dr. M. Unglaub

Regionale Schülerprognose

Teil 2: Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Schulen für Lernbehinderte

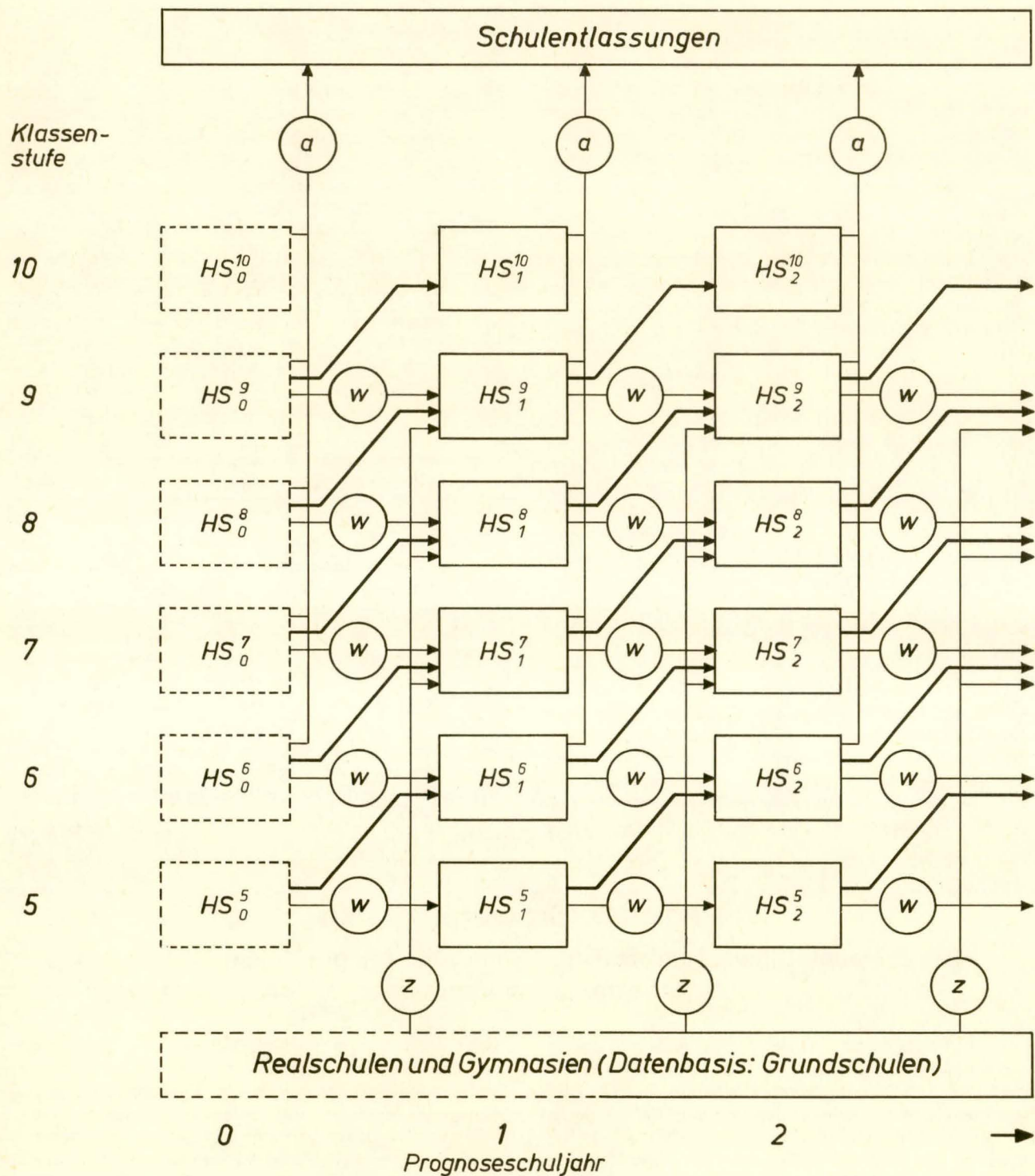
Nachdem im ersten Teil der Artikelfolge die Gesamtkonzeption der regionalen Schülerprognose für Rheinland-Pfalz und die Verfahren zur Prognose der Schülerzahlen für die Grundschulen und der Übergänge auf weiterführende Schulen dargestellt worden sind (Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 10, Oktober 1979, Seite 240 ff.), befaßt sich der zweite Teil mit der Prognose der Schülerzahlen für die Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Schulen für Lernbehinderte sowie der Entlassungen aus diesen Schularten.

Hauptschulen

Die Prognose der Schüler an Hauptschulen ist im

wesentlichen eine Fortsetzung der Schülerprognose für die Grundschulen, weil sich beide auf den gleichen Gebietsraster beziehen. Die Berechnung der Klassenwiederholer mit Hilfe von kreisspezifischen Wiederholerquoten erfolgt bis zur 9. Klassenstufe nach dem gleichen Verfahren wie bei den Grundschulen; die wenigen Wiederholungsfälle in der 10. Klassenstufe können vernachlässigt werden. Als zusätzliche Entwicklungskomponente sind die Zugänge von Realschulen und Gymnasien zu berücksichtigen. Da in der Orientierungsstufe (Klassenstufen 5 und 6) der Wechsel zwischen den Schularten nur in Ausnahmefällen zugelassen ist, erlangen diese Zugänge erst ab der 7. Klassenstufe größere Bedeutung. Sie können in

Ablaufschema für die Prognose der Schüler und Schulentlassungen an Hauptschulen

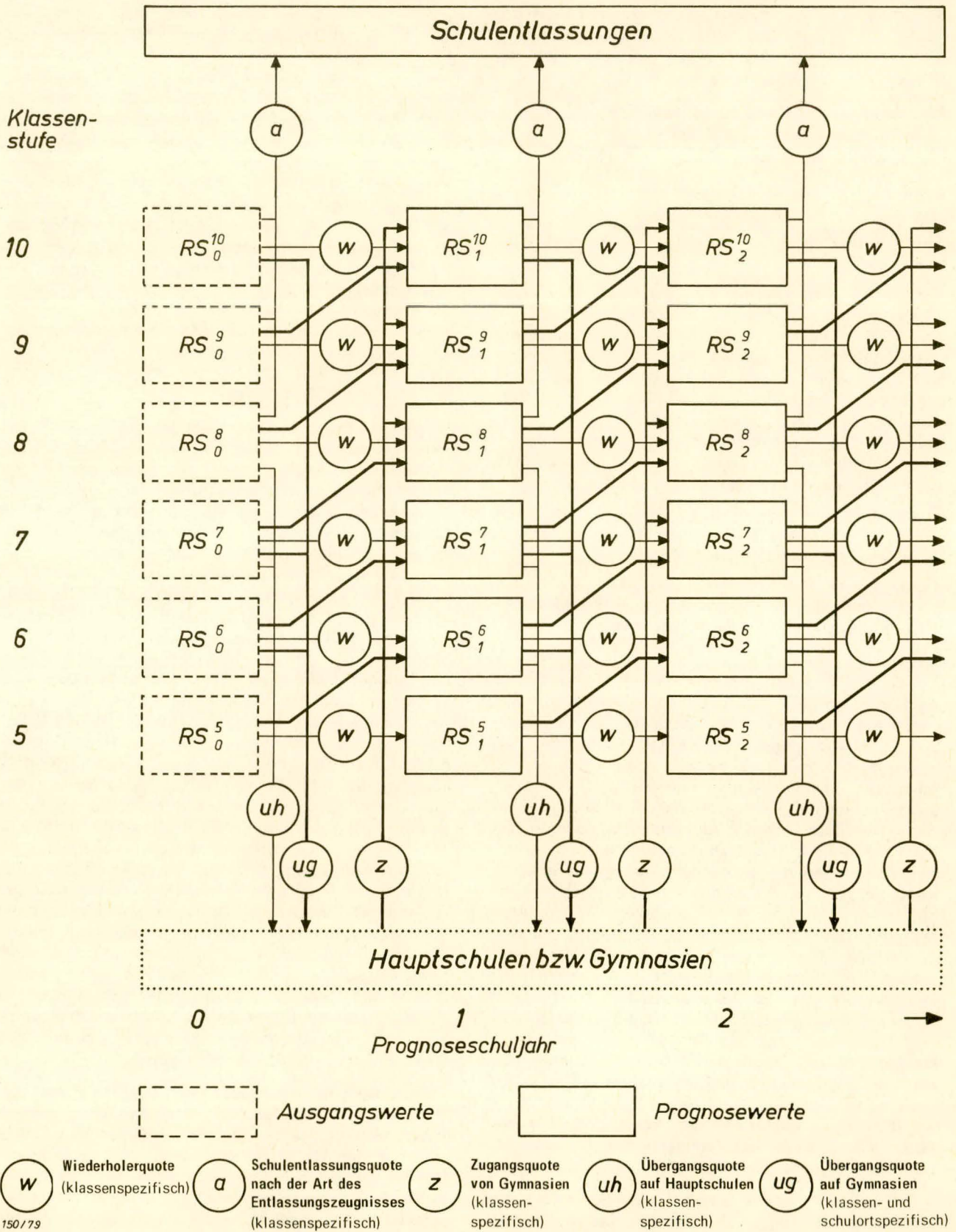


w
Wiederholerquote
(klassen- und kreisspezifisch)
148/79

a
Schulentlassungsquote
nach der Art des
Entlassungszeugnisses
(klassen- und kreisspezifisch)

z
Zugangsquote von Realschulen
und Gymnasien
(klassenspezifisch)

Ablaufschema für die Prognose der Schüler und Schulentlassungen an Realschulen



den Klassenstufen 7 bis 9 bis zu 3% der Schülerzahl betragen. Zur Berechnung entsprechender Zugangsquoten werden die Zugänge in der 7. bis 9. Klassenstufe der Hauptschulen zu den Schülern in den ehemaligen 4. Klassenstufen der Grundschulen in Beziehung gesetzt. So rekrutieren sich die Zugänge in der 7. Klassenstufe aus den Schülern der 4. Klassenstufe des dritten vorangegangenen Schuljahres, die sich zunächst für den Besuch einer Realschule oder eines Gymnasiums entschieden hatten und nun auf die Hauptschule überwechseln. Allgemein gilt

$$\text{Zugangsquote für die 7. Klassenstufe} = \frac{\text{Zugänge im Schuljahr } t}{\text{Grundschüler der 4. Klassenstufe im Schuljahr } t - 3}$$

$$\text{Zugangsquote für die 8. Klassenstufe} = \frac{\text{Zugänge im Schuljahr } t}{\text{Grundschüler der 4. Klassenstufe im Schuljahr } t - 4} \text{ usw.}$$

Für die 10. Klassenstufe kann die Berechnung einer Zugangsquote unterbleiben, da praktisch keine Zugänge von Realschulen und Gymnasien mehr auftreten. Die Zugangsquoten von Realschulen und Gymnasien sind relativ gering und zeigen keine signifikanten regionalen Unterschiede, so daß auf die Berechnung von kreisspezifischen Quoten verzichtet werden kann. Mit den so ermittelten Zugangsquoten sind dann die Schülerzahlen der jeweils korrespondierenden 4. Klassenstufe zu multiplizieren

$$\text{Zugänge in der 7. Klassenstufe} = \text{Grundschüler der 4. Klassenstufe im Schuljahr } t - 3 \times \text{Zugangsquote für die 7. Klassenstufe}$$

$$\text{Zugänge in der 8. Klassenstufe} = \text{Grundschüler der 4. Klassenstufe im Schuljahr } t - 4 \times \text{Zugangsquote für die 8. Klassenstufe} \text{ usw.}$$

Die Prognose der Schulentlassungen ist nicht nur zur Ermittlung der Schülerbestandszahlen erforderlich, sondern auch, weil sie Informationen über das Angebot an Auszubildenden liefert. Um dabei eine Aufteilung nach der sich aus der vorangegangenen schulischen Ausbildung ergebenden beruflichen Qualifikation treffen zu können, werden die Schulentlassungen nach der Art des Schulentlassungszeugnisses untergliedert. Schüler, die ohne Hauptschulabschluß die Schule verlassen, erhalten ein Schulabgangszeugnis. Schulentlassungen dieser Art kommen bereits nach Beendigung der 5. Klassenstufe vor, bleiben in der Prognoserechnung aber unberücksichtigt, da sie im Landesdurchschnitt nur 0,2% der Schüler dieser Klassenstufe ausmachen. Schulentlassungen mit Abgangszeugnis sind daher erst ab der 6. Klassenstufe in Ansatz zu bringen (im Landesdurchschnitt rund 1% der Schüler dieser Klassenstufe). Schulentlassungen mit Hauptschulabschluß, d. h. mit einem Abschlußzeugnis, können erst am Ende der 9. Klassenstufe auftreten. Da die 10. Klassenstufe nur mit dem Abschlußzeugnis der 9. Klassenstufe besucht werden kann, sind nach ihrer Absolvierung allein Schulentlassungen mit dem Abschlußzeugnis oder dem Sekundarabschluß I möglich.

Die Berechnung der Schulentlassungen erfolgt unter Zugrundelegung von kreisspezifischen Entlas-

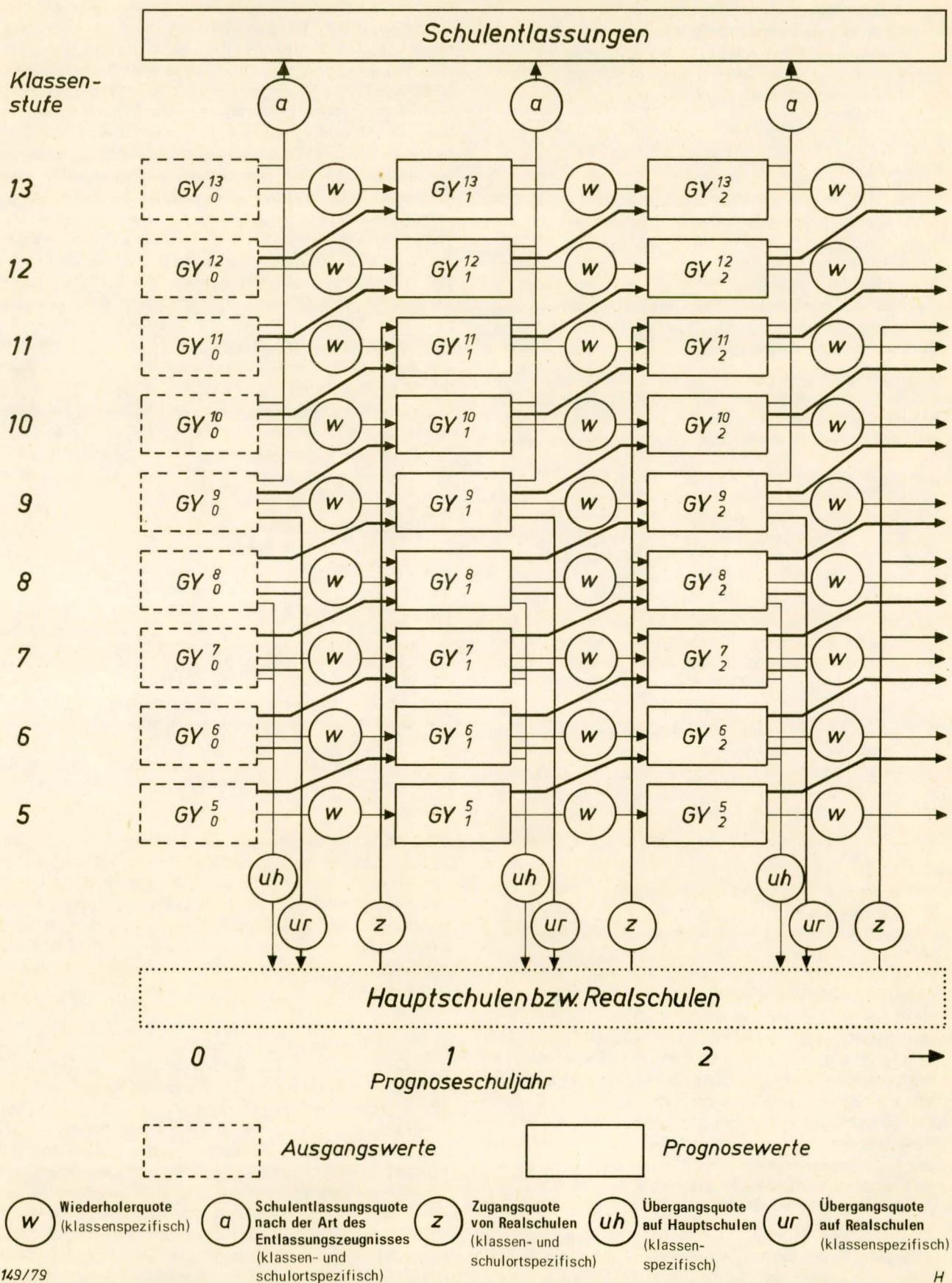
sungsquoten, die als Durchschnittswerte aus den Ergebnissen der Schulstatistik für die letzten drei Jahre ermittelt wurden. Da ein wachsender Anteil der Hauptschüler sich jedoch um einen Sekundarabschluß I bemühen wird, um die Chance zu verbessern, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, der günstigere Berufsaussichten bietet, ist die weitere Entwicklung der Quoten für die Schulentlassungen mit Hauptschulabschluß und mit Sekundarabschluß I für das Land insgesamt mit Hilfe von entsprechenden Trendberechnungen vorauszuschätzen, auch wenn die im gegenwärtigen Zeitraum dafür verfügbaren Ausgangswerte noch etwas dürftig sind. Die Landestrendwerte sind dann mit Meßziffern zu multiplizieren, die das Verhältnis der kreisspezifischen Quoten zum Landesdurchschnitt wiedergeben. Eine Trendberechnung für diese relativen Abweichungen der Kreise von den Landeswerten, wie sie bei anderen Entwicklungskomponenten vielfach vorgenommen wird, ist im vorliegenden Fall in Ermangelung entsprechenden Ausgangsmaterials noch nicht möglich. Die Meßzahlen, die aus den Durchschnittswerten für die letzten drei Jahre abgeleitet werden, müssen daher über den gesamten Prognosezeitraum konstant gehalten werden.

Realschulen und Gymnasien

Wie die Prognose der Schüler an den Hauptschulen knüpft auch die Prognose der Schüler an den Realschulen und Gymnasien an die vorausgeschätzten Schülerübergänge von den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen an, nur daß hier ein anderer Gebietsraster verwandt wird, so daß die kreisweise ermittelten Schülerübergänge nach einem bestimmten Umsetzungsverfahren den Schuleinzugsbereichen der Realschulen und Gymnasien zugeordnet werden müssen. Da die räumliche Bezugsgröße der Schülerprognose bei den Realschulen und Gymnasien nicht wie bei den Grund- und Hauptschulen der Kreis, sondern der Schulort und der ihm zuzuordnende Schuleinzugsbereich ist, sind die Schülergesamtheiten, die zu prognostizieren sind, - wenn man einmal von den kreisfreien Städten absieht - zum Teil sehr klein. Das bedingt, daß zur Berechnung der einzelnen Entwicklungskomponenten anstelle von schulortspezifischen Faktoren entsprechende Landesdurchschnitte zugrunde gelegt werden müssen, da die Angaben für die einzelnen Schulorte, auf denen die Prognose aufbaut, vielfach so niedrig sind, daß sie nicht unerheblichen Zufallsschwankungen unterliegen. Der Verzicht auf eine regionale Differenzierung der Berechnungsfaktoren ist allerdings auch insofern sachlich gerechtfertigt, als die auf ganz bestimmte Ausbildungsziele hin ausgerichteten Realschulen und Gymnasien - von temporären Ausnahmen abgesehen - homogener sein dürften als die Hauptschulen, bei denen die Schülerschaft regional zum Teil recht unterschiedlich strukturiert ist (zum Beispiel Anteil von Ausländerkindern).

Das Berechnungsschema für die Prognose der Schüler an Realschulen und Gymnasien ist im wesentlichen das gleiche wie bei den Hauptschulen. Während bei den Hauptschulen jedoch eine Veränderung der Schülerzahlen in den einzelnen Klassenstufen nur durch die Klassenwiederholer, die Zugänge von Realschulen und Gymnasien sowie die Schulentlassungen

Ablaufschema für die Prognose der Schüler und Schulentlassungen an Gymnasien



eintritt, sind bei den Realschulen und Gymnasien weitere Entwicklungskomponenten zu berücksichtigen:

Schüler der Klassenstufe i am Beginn des Schuljahres t
+ Zugänge von Gymnasien/Realschulen im Schuljahr t
— Abgänge auf Hauptschulen im Schuljahr t
— Abgänge auf Gymnasien/Realschulen im Schuljahr t
— Schulentlassungen am Ende des Schuljahres t
— Wiederholer der Klassenstufe i im Schuljahr $t + 1$
+ Wiederholer der Klassenstufe $i + 1$
im Schuljahr $t + 1$

Schüler der Klassenstufe $i + 1$ am Beginn des Schuljahres $t + 1$

Die Berechnung der Klassenwiederholer stützt sich auf landesdurchschnittliche Wiederholerquoten für die einzelnen Klassen, die aus den Ergebnissen der Schulstatistik für die jeweils letzten drei Jahre abgeleitet und über den gesamten Prognosezeitraum konstant gehalten werden, da ein bestimmter Trendverlauf sich hier nicht abzeichnet. Wiederholer können bis zur 13. Klassenstufe vorkommen.

Zur Berechnung der Schülerübergänge von Realschulen und Gymnasien auf Hauptschulen und der Schülerübergänge zwischen Realschulen und Gymnasien bieten sich grundsätzlich folgende Alternativen:

- (1) Entwicklung eines Verflechtungsmodells, bei dem die Schülerübergänge zwischen den verschiedenen Schularten in der vorgegebenen regionalen Abgrenzung in einem in sich konsistenten System integriert sind. Die Zahl der prognostizierten Schülerabgänge von den Gymnasien eines Schulortes auf Haupt- und Realschulen entspricht dabei zum Beispiel genau der Zahl, die bei den diesem Gymnasialort zuzuordnenden Haupt- und Realschulorten (im ersteren Fall sind das ganze Kreise) als Zugang von diesem Gymnasialort vorausgeschätzt wird.
- (2) Autonome Berechnung von schulortbezogenen Übergangsquoten, bei der auf eine Integration der Schülerübergänge in einem Verflechtungsmodell verzichtet wird, was natürlich zur Folge hat, daß sich zwischen den Abgängen einerseits und den ihnen entsprechenden Zugängen andererseits Differenzen ergeben.

Die Berechnung der Schülerübergänge nach einem Verflechtungsmodell erfordert wegen der unterschiedlichen Gebietsraster für die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien nicht nur einen ganz außergewöhnlichen Aufwand, sondern bedingt auch die Aufschlüsselung der Schülerübergänge auf die Schuleinzugsbereiche der jeweils anderen Schularten mit Hilfe von Schätzgrößen, die für die tatsächliche Verteilung nur bis zu einem bestimmten Grad relevant sein dürften. Trotz seiner formalen Konsequenz ist es daher sehr zweifelhaft, ob der Einsatz eines Verflechtungsmodells für die Prognose der Schülerübergänge zu einer merkbaren Verbesserung der Ergebnisse beiträgt. Der Nutzen dürfte in keinem Fall so groß sein, daß er die Höhe der Kosten eines derartigen Modells rechtfertigt.

Aus diesen Gründen werden die Abgänge auf andere Schularten und die Zugänge von anderen Schularten mit Hilfe von landesdurchschnittlichen Über-

gangsquoten separat für sich vorausgeschätzt. Lediglich die Übergänge von der 10. Klassenstufe der Realschulen auf Gymnasien und die entsprechenden Zugänge in der 11. Klassenstufe der Gymnasien werden mit schulortspezifischen Übergangsquoten errechnet, da dieser relativ häufige Wechsel nach Abschluß der Realschulausbildung offenbar durch die regional in unterschiedlichem Ausmaß gegebene Erreichbarkeit eines Gymnasiums in geringer Entfernung gefördert wird. Die Quoten basieren auf den Ergebnissen der Schulstatistik für die jeweils letzten drei Jahre und bleiben über den gesamten Prognosezeitraum hin weiter unverändert. Die Berechnung der Quoten für die Abgänge auf Hauptschulen und Realschulen bzw. Gymnasien erfolgt dabei in der Weise, daß die Abgänge im Verlauf und am Ende des Schuljahres jeweils zu den Schülerzahlen am Anfang des Schuljahres in Beziehung gesetzt werden. Zur Ermittlung der Quoten für die Zugänge von Realschulen bzw. Gymnasien sind dagegen die als Bezugsgrundlage verwandten Schülerzahlen am Anfang des Schuljahres um die Schülerzugänge am Anfang und im Verlauf des Schuljahres zu vermindern.

Schulentlassungen sind bei den Realschulen nach Abschluß der 8. Klasse und bei den Gymnasien nach Abschluß der 9. Klasse denkbar. Die Schulentlassungen werden nach der Art des Entlassungszeugnisses wie folgt untergliedert

(1) Realschulen

- 8. Klassenstufe: Abgangszeugnis
- 9. Klassenstufe: Abgangszeugnis
Hauptschulabschluß
- 10. Klassenstufe: Hauptschulabschluß
Qualifizierter Sekundarabschluß I

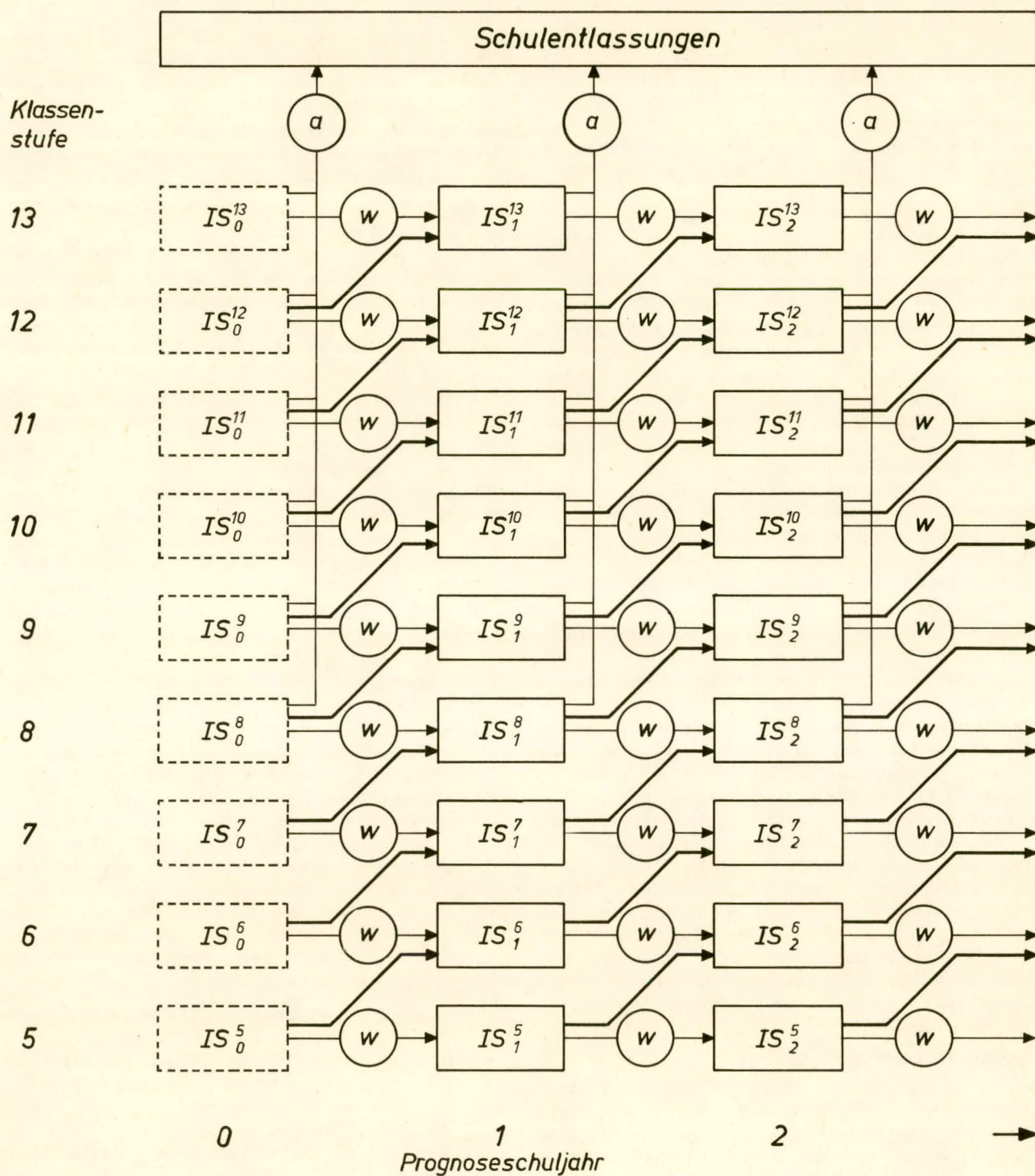
(2) Gymnasien

- 9. Klassenstufe: Abgangszeugnis
Hauptschulabschluß
- 10. Klassenstufe: Hauptschulabschluß
Qualifizierter Sekundarabschluß I
- 11. Klassenstufe: Qualifizierter Sekundarabschluß I
- 12./13. Klassenstufe: Qualifizierter Sekundarabschluß I
Abitur

Diese Angaben liefern wesentliche Anhaltspunkte zur Beurteilung der Qualifikation der Schulabgänger von Realschulen und Gymnasien. Sie bilden gleichzeitig die Grundlage für die Vorausschätzung der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ihre Ausbildung an einer an den bisherigen Bildungsweg anknüpfenden Schule fortsetzen oder ein Studium aufnehmen wollen.

Zur Prognose der Schulentlassungen werden aus den Ergebnissen der Schulstatistik für die jeweils letzten drei Jahre landesdurchschnittliche Entlassungsquoten berechnet. Nur die Schulentlassungen aus der 10. Klassenstufe der Gymnasien sind mit Hilfe von schulartspezifischen Entlassungsquoten zu ermitteln, da die Gymnasien überall dort, wo die Entfernung zur nächsten Realschule als zu weit erscheint, auch von Kindern aufgesucht werden, die von vornherein nur einen qualifizierten Sekundarabschluß I anstreben, so daß die Schulentlassungen nach Abschluß der 10. Klassenstufe bei diesen Gymnasien überdurchschnittlich hoch sind. Auf eine Trendextrapolation der Entlas-

Ablaufschema für die Prognose der Schüler und Schulentlassungen an Integrierten Gesamtschulen



sungsquoten wird verzichtet, da eine tendenzielle Veränderung der Schulentlassungsquoten - etwa aufgrund einer steigenden oder sinkenden Leistungsbereitschaft der Jugendlichen - nicht erkennbar ist.

Integrierte Gesamtschulen

Eine Prognose der Schüler an den Integrierten Gesamtschulen ist zur Zeit nicht möglich, da der künftige Ausbau dieser Schulart noch nicht abzusehen ist. Zur Abrundung des Gesamtbildes und zur Ergänzung der Ergebnisse für die anderen Schularten müssen die Integrierten Gesamtschulen jedoch in der Prognose mitgeführt werden. Dabei wird die Aufnahmekapazität, wie sie durch die Schülerzahl aus der jeweils letzten schulstatistischen Erhebung für die 5. Klassenstufe nachgewiesen wird, über den gesamten Prognosezeitraum als konstant angenommen. In den folgenden Klassenstufen verändert sich diese Ausgangsgröße nur durch den Ansatz von Wiederholern und Schulentlassungen. Übergänge auf Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien können ebenso vernachlässigt werden wie Zugänge von diesen Schularten, da diese Schularten ja in den Integrierten Gesamtschulen vereinigt sind und jeder der von diesen Schularten angebotenen Abschlüsse an den Integrierten Gesamtschulen möglich ist. Die Anwendung eines derart vereinfachten Prognoseverfahrens ist deshalb notwendig und vertretbar, weil es derzeit in Rheinland-Pfalz nur zwei Integrierte Gesamtschulen gibt, von denen im Schuljahr 1979/80 die Integrierte Gesamtschule in Kaiserslautern bereits voll ausgebaut war, während die Integrierte Gesamtschule in Kastellaun nur über die Klassenstufen 5 bis 9 verfügte.

Die Wiederholer- und Entlassungsquoten werden schulortbezogen aufgrund der Ergebnisse der Schulstatistik für die jeweils letzten drei Jahre ermittelt. Das bereitet insofern Schwierigkeiten, als die Integrierten Gesamtschulen erst im Schuljahr 1973/74 eingerichtet wurden und Vergangenheitswerte über die Schulentlassungen, zum Teil auch über die Wiederholerquoten für die letzten Klassenstufen fehlen. Aus Hilfswiese müssen daher für eine Übergangszeit die für die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien berechneten landesdurchschnittlichen Quoten mit herangezogen werden. Das setzt natürlich voraus, daß die für diese verschiedenen Schularten vorliegenden Quoten der Struktur der Integrierten Gesamtschulen entsprechend zusammengefaßt und aufgrund eines Vergleichs mit den für die Integrierten Gesamtschulen bereits verfügbaren Quoten an die dortigen Verhältnisse angepaßt werden.

Schulen für Lernbehinderte

Die bei den übrigen Schularten benutzte Rechenmethode kann für die Schulen für Lernbehinderte (Sonderschulen L) nicht angewendet werden. Sie setzt nämlich voraus, daß die Schülerbewegung zwischen den einzelnen Klassenstufen jährlich mittels spezifischer Übergangsquoten (Wiederholer-, Zugangs- und Abgangsquoten) geschätzt werden kann. Da die Erhebung an Sonderschulen keine Angaben über die Klassenwiederholer liefert, andererseits aber detaillierte Ergebnisse über das Alter der Sonderschüler je Verwaltungsbezirk und Klassenstufe vorliegen, erscheint hier das sogenannte Strukturquotenverfahren angemessen.

Als Strukturquote wird der Anteil der Schüler eines bestimmten Altersjahrgangs an der gleichaltrigen Bevölkerung bezeichnet. In bezug auf die Schulen für Lernbehinderte erscheint es sinnvoll, von kreis- und klassenspezifischen Strukturquoten auszugehen, die sowohl den regionalen Unterschieden im Sonderschulangebot Rechnung tragen als auch Aufschluß über den voraussichtlichen Schülerbestand in den einzelnen Klassenstufen geben, von dem unter anderem die künftigen Schulentlassungen abgeleitet werden können. Strukturquoten sind damit ein Maß für die Wahrscheinlichkeit, daß in einem Verwaltungsbezirk Kinder eines Altersjahrgangs einer bestimmten Klassenstufe der Sonderschulen L angehören.

Auf eine Vorausschätzung kreis- und klassenspezifischer Strukturquoten aufgrund von Trendberechnungen muß verzichtet werden, weil die Entwicklung des Sonderschulangebots nicht abzusehen ist. Als Rechengröße für den Prognosezeitraum bieten sich daher Durchschnittswerte aus den jeweils letzten drei Beobachtungsjahren an, mit denen an das bestehende regionale Sonderschulangebot angeknüpft wird.

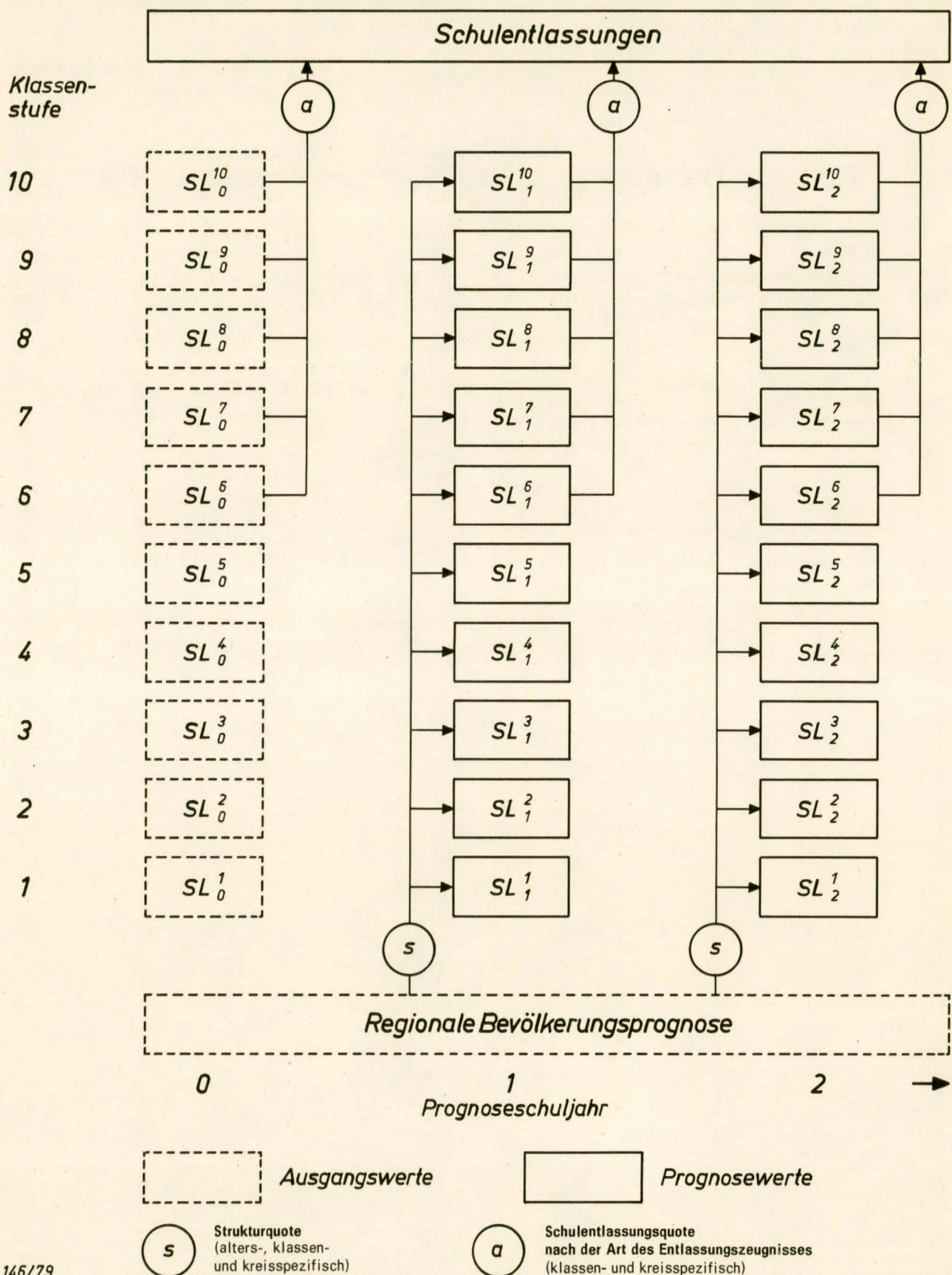
Multipliziert man die kreis- und klassenspezifischen Strukturquoten mit der Zahl der Kinder des entsprechenden Altersjahrgangs je Kreis und Prognosejahr, wie sie die regionale Bevölkerungsprognose liefert, so erhält man für jedes Prognoseschuljahr die Zahl der lernbehinderten Schüler nach Verwaltungsbezirken und Klassenstufen. Im Basisschuljahr wird der Schülerbestand aus den Ergebnissen der Schulstatistik übernommen.

Zur Vorausschätzung der Schulentlassungen an Sonderschulen L werden auf der Grundlage des statistischen Ausgangsmaterials klassenspezifische Schulentlassungsquoten nach der Art des Entlassungszeugnisses gebildet. Während die Schulentlassungen nach Beendigung der 5. Klassenstufe vernachlässigt werden können, machen ab der 6. Klassenstufe Schulentlassungen bereits 4% und mehr des Schülerbestandes einer Klassenstufe aus. Da neun Schuljahre vorgeschrieben sind, kann die Sonderschule L ab der 9. Klassenstufe erfolgreich mit dem Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte oder dem Abschlußzeugnis der Hauptschule absolviert werden. Schüler, die vor Beendigung der 9. Klassenstufe die Sonderschule verlassen, erhalten entweder das Abgangszeugnis der Schule für Lernbehinderte oder das Abgangszeugnis der Hauptschule.

Nach der Art des Entlassungszeugnisses sind die Schulentlassungen daher wie folgt zu untergliedern

- 6. bis 8. Klassenstufe: Abgangszeugnis der Schule für Lernbehinderte oder der Hauptschule
- 9. Klassenstufe: Abgangszeugnis der Schule für Lernbehinderte oder der Hauptschule
Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte
Abschlußzeugnis der Hauptschule
- 10. Klassenstufe: Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte
Abschlußzeugnis der Hauptschule

Ablaufschema für die Prognose der Schüler und Schulentlassungen an Sonderschulen L



Zur Berechnung der künftigen Schulentlassungen werden zunächst aus den Ergebnissen der Schulstatistik für die jeweils letzten drei Jahre nach der Art des Entlassungszeugnisses und Kreisen differenzierte Schulentlassungsquoten ermittelt, aus denen dann entsprechende Durchschnitte gebildet werden, um zeitlich begrenzte Sonderentwicklungen möglichst ausschalten, regionaltypische Erscheinungen jedoch auch in der Zukunftsperspektive zu berücksichtigen. Die

Zahl der Schülerentlassungen nach Verwaltungsbezirken, Klassenstufen und der Art des Entlassungszeugnisses ergibt sich dann für jedes Prognoseschuljahr durch Multiplikation des Schülerbestandes je Kreis und Klassenstufe mit den entsprechenden Schulentlassungsquoten.

Dr. K. Nold
Diplom-Volkswirt H. Libowitzky
Diplom-Volkswirt H. Mayer

Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1979

Im Juli dieses Jahres wurden in zehn rheinland-pfälzischen Städten (darunter Großstädte, Badeorte, Luftkurorte, sonstige Fremdenverkehrsorte und sonstige Orte ohne größere Bedeutung für den Fremdenverkehr) in rund 210 Beherbergungs- und Gaststättenbetrieben auf repräsentativer Grundlage Preiserhebungen vorgenommen. Diese beziehen sich auf wichtige und häufig beanspruchte Leistungen wie Übernachtung mit Frühstück, Vollpension sowie verschiedene Speisen und Getränke, jeweils einschließlich Bedienungszuschlag und Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse bieten einen Überblick über die Preisentwicklung in diesem Gewerbe, der nicht zuletzt wichtige Anhaltspunkte zur Beurteilung der Kosten von Kur- und Erholungsaufenthalten sowie von Dienst- und Geschäftsreisen gibt.

Ein alle Preisstatistiken berührendes Problem stellt sich auch in dieser Erhebung, und zwar das der Qualitäts- und Quantitätsveränderung. Selbst bei unveränderter Leistungsbeschreibung können sich beispielsweise für die Speisen in ihrer Zusammensetzung ge-

genüber dem Vorjahr Änderungen ergeben haben, die Qualitäts- oder Mengenunterschiede bedeuten und damit eigentlich in Preisveränderungen ihren Ausdruck finden müßten. Diese verhältnismäßig geringe Unsicherheit der Ergebnisse, die quantitativ kaum greifbar ist, läßt sich jedoch nicht ausschalten.

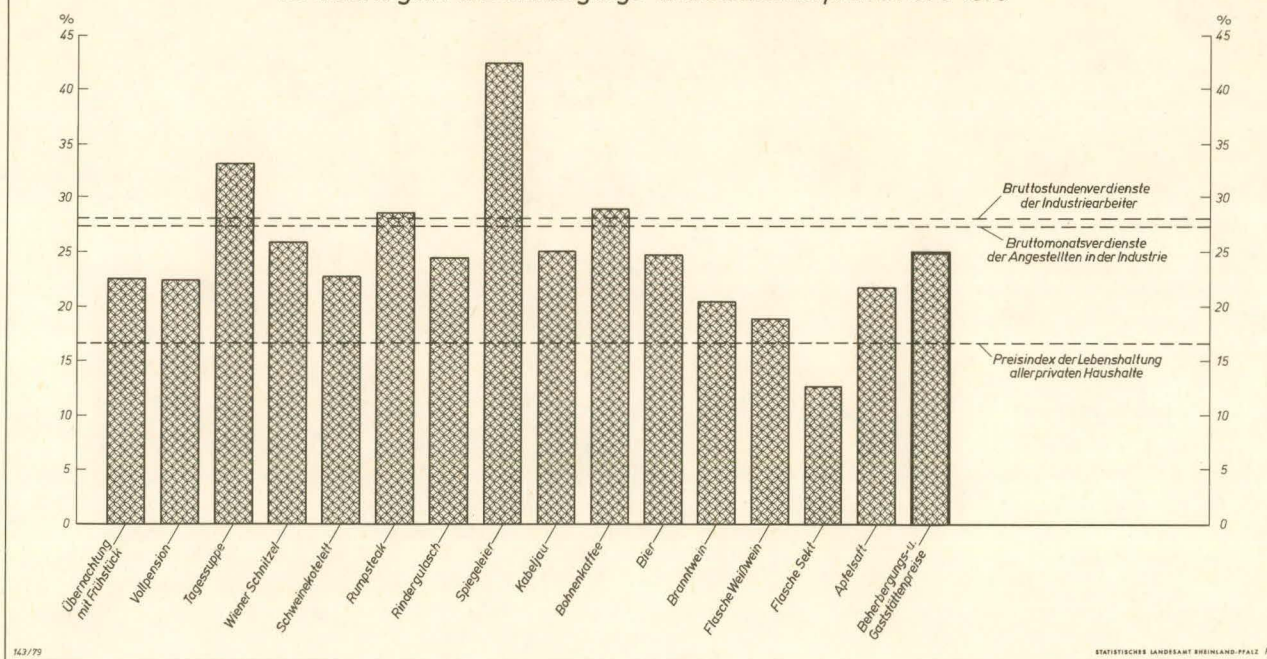
Trotz verhaltener Konjunkturentwicklung, höherer Benzinpreise und weniger günstiger Witterungsverhältnisse schon zu Beginn der diesjährigen Urlaubssaison verzeichnete der Urlaubsreiseverkehr in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 1979 überdurchschnittliche Zuwachsraten. Die Beherbergungskapazität der Hotels- und sonstigen Ferienunterkünfte erhöhte sich um 2% auf 153 600 Betten. Im nach wie vor ausgeprägt kleinbetrieblich-mittelständischen Gastgewerbe wurden auch im Jahre 1979 staatliche fremdenverkehrsfördernde Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots des Gastgewerbes vorgenommen. So fördert das Land mit Landesmitteln und im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschafts-

Preise für Übernachtung mit Frühstück und für Vollpension 1975 – 1979

Leistung Betriebskategorie	Meßzahlen					Veränderung zum Vorjahr				Verän- derung 1979 zu 1975	Nach- richtlich: Preise 1979
	1975	1976	1977	1978	1979	1976	1977	1978	1979		
	1970 = 100					%					
Einbettzimmer ohne Bad ¹⁾											
Übernachtung mit Frühstück	141,2	150,7	157,2	164,0	173,0	6,7	4,3	4,3	5,5	22,5	25,64
Gute Hotels	163,2	173,8	179,5	190,1	204,6	6,5	3,3	5,9	7,6	25,4	39,52
Mittlere Hotels	134,2	141,6	149,0	154,1	159,2	5,5	5,2	3,4	3,3	18,6	22,94
Einfache Hotels	127,9	139,3	143,6	146,5	156,9	8,9	3,1	2,0	7,1	22,7	20,52
Pensionen	126,8	134,7	143,4	149,8	152,9	6,2	6,5	4,5	2,1	20,6	19,56
Vollpension	146,3	156,5	162,9	170,5	179,0	7,0	4,1	4,7	5,0	22,4	40,27
Gute Hotels	171,4	182,9	188,1	199,0	213,1	6,7	2,8	5,8	7,1	24,3	56,33
Mittlere Hotels	134,5	143,8	154,5	161,9	168,0	6,9	7,5	4,8	3,8	24,9	36,96
Einfache Hotels	122,3	129,2	131,2	136,1	139,6	5,6	1,5	3,7	2,6	14,2	29,81
Pensionen-Fremdenheime	131,3	142,5	149,8	154,9	162,7	8,6	5,1	3,4	5,1	23,9	37,96
Zweibettzimmer ohne Bad ¹⁾											
Übernachtung mit Frühstück	137,5	145,6	151,7	157,8	164,9	5,9	4,2	4,0	4,5	19,9	47,88
Gute Hotels	152,0	160,3	165,6	175,0	186,5	5,4	3,3	5,7	6,6	22,7	69,47
Mittlere Hotels	134,5	140,0	146,1	150,2	154,9	4,1	4,4	2,8	3,2	15,2	44,41
Einfache Hotels	125,4	136,7	143,1	146,6	152,7	9,0	4,7	2,5	4,1	21,8	38,94
Pensionen	126,4	133,7	140,7	146,6	150,8	5,8	5,3	4,2	2,9	19,3	38,69
Vollpension	143,9	152,7	159,2	165,4	173,5	6,1	4,3	3,9	4,9	20,6	79,05
Gute Hotels	167,4	177,0	182,5	190,6	202,2	5,7	3,1	4,4	6,1	20,8	107,78
Mittlere Hotels	130,5	137,6	148,2	156,3	162,6	5,5	7,7	5,5	4,0	24,6	74,31
Einfache Hotels	123,4	129,3	131,3	135,7	138,7	4,8	1,5	3,3	2,2	12,4	58,50
Pensionen-Fremdenheime	131,0	142,2	149,5	152,5	162,2	8,5	5,1	2,0	6,3	23,8	75,61

1) Gute Hotels ab 1972 mit Bad.

Veränderungen von Beherbergungs- und Gaststättenpreisen 1975 - 1979



struktur“ gemeinsam mit dem Bund die Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von gewerblichen Fremdenverkehrsprojekten.

Hotel- und Gaststättenpreise für Speisen und Getränke von 1975 bis 1979 um ein Viertel gestiegen

Im rheinland-pfälzischen Beherbergungs- und Gaststättengewerbe erhöhten sich die Preise für Speisen und Getränke von 1975 bis 1979 um durchschnittlich rund ein Viertel. Der Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte verzeichnete in der gleichen Zeit einen geringeren Anstieg, und zwar um 16,6%. Ein solcher Vergleich ist allerdings nur in eingeschränktem Maße aussagefähig, denn die stärkeren Preisanhebungen im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe sind überwiegend darin begründet, daß sich die Dienstleistungen in den letzten Jahren überdurchschnittlich verteuert haben. Wie ein Betriebsvergleich im rheinland-pfälzischen Hotel- und Gaststättengewerbe für das Jahr 1976 zeigt, ist die Ertragslage in der Hotellerie vor allem durch einen hohen Anteil der fixen Kosten und einen geringen Beschäftigungsgrad gekennzeichnet. In nicht wenigen Fällen müssen allerdings übertarifliche Löhne und Gehälter gezahlt werden. Wenn der Komfort Mindestmaßstäbe unterschreitet, so ist auch bei starker Preisreduzierung die Nachfrage nicht nennenswert zu beleben. Andererseits können zu bestimmten Zeiten, wie etwa bei Messen und Kongressen, starke Preisanhebungen die Übernachtungsforderung nicht ausgleichen.

Stärkere Preisanhebungen für Übernachtungen in guten Hotels

Die Beherbergungsbetriebe werden in vier Kategorien eingeteilt, in gute, mittlere und einfache Hotels sowie Pensionen. Die durchschnittlichen Übernachtungspreise für Einbettzimmer mit Frühstück erhöhten sich von August 1978 bis Juli 1979 um 5,5% auf knapp 26 DM und damit etwas kräftiger als diejenigen für Zweibettzimmer, die sich um 4,5% auf rund 48 DM

verteuerten. Gute Hotels verzeichneten deutlich höhere Preisheraufsetzungen, welche bis zu 8% ausmachten. In dieser Kategorie betrug im Juli 1979 der Übernachtungspreis mit Frühstück in Einbettzimmern mit Bad 39,50 DM, in Zweibettzimmern mit Bad 69,50 DM. Dagegen erreichte der Aufschlag in Pensionen nur 2 bis 3%. Dort war die Übernachtung mit Frühstück auch 1979 am billigsten. Für Einbettzimmer wurden durchschnittlich 19,50 DM gefordert und für Zweibettzimmer knapp 39 DM. Die Vollpensionssätze stiegen durchschnittlich um 4,9%. Für Vollpension in Einbettzimmern wurde pro Person rund 40 DM verlangt und für Vollpension in Zweibettzimmern pro Person 39,50 DM. Gute Hotels und Pensionen sowie Fremdenheime erhöhten ihre Preise um bis zu 7%, einfache Hotels jedoch nur um 2 bis 3%. In guten Hotels mußten für Vollpension in Einbettzimmern mit Bad rund 56 DM gezahlt werden und für Vollpension in Zweibettzimmern mit Bad pro Person 54 DM. Die nur in guten Hotels erfaßten Garagenmieten stiegen um 5% auf rund 3,90 DM pro Tag.

Ein Vergleich der Preisentwicklung in den einzelnen Kategorien von 1975 bis 1979 zeigt, daß sich eine Übernachtung mit Frühstück am stärksten in den guten Hotels verteuerte. Der Preisanstieg erreichte in diesem Zeitraum nahezu 25%. Dies dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß durch umfangreiche Modernisierungen der Komfort angehoben wurde. Mittlere Hotels erhöhten in den letzten vier Jahren ihre Preise für Übernachtung mit Frühstück am geringsten. Für Übernachtung mit Frühstück in Einbettzimmern ergab sich in dieser Betriebskategorie von 1975 bis 1979 eine Steigerungsrate von 19% und für Übernachtung mit Frühstück in Zweibettzimmern von 15%. Die Vollpensionssätze erfuhren in diesem Zeitraum die höchsten Verteuerungen in den mittleren Hotels (+ 25%), während in den einfachen Hotels die Preise nur um 12 bis 14% anzogen, was einer jährlichen Steigerungsrate von rund 3% entspricht.

Speisen Getränke	Meßzahlen					Veränderung zum Vorjahr				Verän- derung 1979 zu 1975	Nach- richtlich: Preise 1979
	1975	1976	1977	1978	1979	1976	1977	1978	1979		
	1970 = 100					%					
Tagessuppe	156,3	169,6	181,4	195,4	208,1	8,5	6,9	7,7	6,5	33,1	1,80
Wiener Schnitzel ¹⁾	136,1	147,1	156,4	163,7	171,3	8,1	6,3	4,7	4,7	25,9	12,55
Schweinekotelett ¹⁾	140,6	149,7	160,6	166,4	172,5	6,5	7,3	3,6	3,7	22,7	10,17
Rumpsteak ¹⁾	148,0	161,1	172,3	180,4	190,2	8,9	7,0	4,7	5,5	28,5	15,08
Rindergulasch ¹⁾	145,6	155,7	162,7	173,1	181,1	6,9	4,5	6,4	4,6	24,4	9,94
Eierspeise mit Beilage	133,0	151,8	169,2	180,2	189,4	14,1	11,5	6,5	5,1	42,4	7,39
Kabeljau, gekocht oder gebraten, mit Beilage	162,2	172,5	180,1	192,9	202,8	6,3	4,4	7,1	5,2	25,0	10,20
1 Kännchen Bohnenkaffee mit Milch und Zucker	138,9	148,2	171,4	175,5	179,0	6,7	15,6	2,4	2,0	28,9	3,09
1/4 l Bier im Ausschank	142,4	150,5	158,6	166,7	177,5	5,7	5,4	5,1	6,5	24,7	1,31
2 cl Markenbranntwein	141,7	145,3	157,4	164,6	170,6	2,5	8,3	4,6	3,6	20,4	1,43
2 cl Deutscher Weinbrand, Markenware	141,2	147,2	161,7	168,4	173,4	4,2	9,9	4,1	3,0	22,8	2,07
1/4 l weißer Ausschankwein, Qualitätswein	137,2	143,6	151,7	158,5	165,3	4,6	5,7	4,5	4,3	20,5	2,67
1 Flasche (0,7 l) Weißwein, Qualitätswein	135,7	140,6	148,5	156,5	161,2	3,6	5,6	5,4	3,0	18,8	10,22
1 Flasche (0,75 l) Markensekt, (einschl. Sektsteuer)	120,8	123,7	127,7	131,3	136,0	2,4	3,2	2,8	3,6	12,6	19,53
1/4 l Apfelsaft	144,4	150,6	158,7	168,7	175,7	4,3	5,4	6,3	4,2	21,7	1,75
I n s g e s a m t	141,6	150,5	161,2	169,5	176,9	6,3	7,1	5,1	4,4	24,9	.

1) Mit Gemüse- oder Salatbeilage und Salzkartoffeln.

Preisaufläge für Speisen erneut höher als für Getränke

Von August 1978 bis Juli 1979 zogen im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe die Preise für Speisen erneut stärker an als für Getränke. Für gängige Speisen erhöhten sich die Preise um durchschnittlich 5%, während die Steigerungsrate für Getränke im Durchschnitt bei 3,7% lag. Die geringste Verteuerung unter den ausgewählten Gerichten verzeichnete Schweinekotelett (mit Gemüse- oder Salatbeilage und Salzkartoffeln), dessen Preis um 3,7% auf durchschnittlich 10,20 DM anstieg. Unter den Fleischgerichten erhöhte sich der Preis für Rumpsteak am stärksten. Hierfür mußten durchschnittlich 15,10 DM oder 5,5% mehr bezahlt werden als ein Jahr zuvor. Bei den Getränken verteuerte sich Bier (+ 6,5%) am stärksten, gefolgt von Ausschankwein und Apfelsaft (über + 4%). Am geringsten war die Preisanhebung für ein Kännchen Bohnenkaffee, die, ebenso wie von 1977 zu 1978, nur rund 2% ausmachte. Im Juli kostete ein Kännchen Kaffee 3,10 DM.

Ein Vergleich der Preisveränderungen über den Zeitraum der letzten vier Jahre ergibt, daß sich von den in die Preiserhebung einbezogenen Gerichten Eierspeisen mit Beilage am stärksten verteuerten. Im Juli belief sich der durchschnittliche Preis auf 7,40 DM, das waren 42% mehr als im Jahre 1975. Die geringste Preisanhebung verzeichnete Schweinekotelett (mit Gemüse- oder Salatbeilage und Salzkartoffeln), (+ 23%). Von den einbezogenen Getränken verteuerte sich in

den letzten vier Jahren ein Kännchen Bohnenkaffee (+ 29%) am meisten, dagegen Markensekt (+ 13%) am geringsten. Bemerkenswert ist, daß der Verbraucherpreis für Bohnenkaffee in Packungen von August 1976 bis August 1977 die stärkste Preisheraufsetzung verzeichnete, und zwar um nahezu die Hälfte. Für eine Flasche Markensekt (0,75 l) mußten im Juli 1979 durchschnittlich 19,50 DM gezahlt werden.

Preisaufläge für Speisen und Getränke am höchsten in einfachen und mittleren Hotels

Die Entwicklung der Preise für Speisen und Getränke von August 1978 bis Juli 1979 in den einzelnen Betriebsarten läßt neben der erwarteten Abstufung der absoluten Preishöhe eine Verteuerung für Speisen in stärkerem Umfang bei den mittleren Hotels und gutbürgerlichen Gaststätten erkennen, während die Preisaufläge für Getränke vorwiegend in gutbürgerlichen Gaststätten und Cafés überdurchschnittlich hoch ausfielen. Verfolgt man die Preisentwicklung über einen längeren Zeitraum seit 1970, zeigt sich, daß für die 15 ausgewählten Speisen und Getränke fünfmal die höchsten Steigerungsraten bei den mittleren Hotels, viermal bei den einfachen Hotels sowie je dreimal bei den gutbürgerlichen Gaststätten und einfachen Gaststätten lagen. Dagegen wurden die niedrigsten Preisanhebungen in 6 von 15 Fällen bei den guten Hotels, viermal bei den einfachen Hotels, dreimal bei den Cafés sowie zweimal bei den gutbürgerlichen Gaststätten ermittelt.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober		Juli	August	September	Oktober
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 634	3 634	3 634	3 633	3 632	3 633
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 977	1 801	2 253	2 159	1 522	2 359 ^P	2 864 ^P	1 974 ^P	1 699 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	5,9	7,3	7,2	4,9	7,7 ^P	9,3 ^P	6,6 ^P	5,5 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 844	2 862	2 849	2 893	2 715	3 179 ^P	3 109 ^P	2 989 ^P	3 151 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,5	9,2	9,7	8,8	10,3 ^P	10,1 ^P	10,0 ^P	10,2 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 495	3 669	3 319	3 377	3 586	3 466 ^P	3 340 ^P	3 157 ^P	3 716 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	12,1	10,8	11,3	11,6	11,2 ^P	10,8 ^P	10,6 ^P	12,0 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	45	50	43	49	59	38 ^P	40 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	15,8	17,7	14,6	17,1	20,4	12,3 ^P	12,9 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 651	- 807	- 470	- 484	- 871	- 287 ^P	- 231 ^P	- 168 ^P	- 565 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 2,7	- 1,5	- 1,6	- 2,8	- 0,9 ^P	- 0,7 ^P	- 0,6 ^P	- 1,8 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 480	7 491	9 198	8 864	9 839	9 103	9 614
Ausländer	Anzahl	1 830	1 869	2 535	2 535	2 361	2 393	2 922
Erwerbspersonen	Anzahl	3 930	3 916	4 522	4 558	4 895	4 619	4 777
* Fortgezogene	Anzahl	7 677	7 384	8 558	8 373	10 219	7 797	8 275
Ausländer	Anzahl	1 924	1 702	1 891	1 957	1 993	1 654	1 849
Erwerbspersonen	Anzahl	4 279	4 128	4 649	4 516	5 249	4 424	4 595
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 197	107	640	491	- 380	1 306	1 339
Ausländer	Anzahl	- 94	167	644	578	368	739	1 073
Erwerbspersonen	Anzahl	- 349	- 212	- 127	42	- 354	195	182
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 535	10 445	12 629	12 027	12 832	11 829	12 381
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	58 989	55 749	51 158	47 160	48 456	43 127	42 022	39 182	40 523
* Männer	Anzahl	30 182	27 299	22 797	20 427	20 733	18 350	17 618	16 287	17 137
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 033	1 183	571	584	616	504	513	517	547
Bauberufe	Anzahl	3 335	2 636	1 533	1 348	1 452	1 072	1 072	963	1 186
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	20 748	19 818	16 856	15 939	16 039	14 328	13 670	12 983	13 534
Arbeitslosenquote	%	4,6	4,3	4,0	3,7	3,8	3,3	3,2	3,0	3,1
Offene Stellen	Anzahl	11 131	12 232	13 128	12 055	12 190	17 182	16 832	15 573	15 167
Männer	Anzahl	6 921	7 691	8 385	7 964	7 992	11 152	11 227	10 544	10 311
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	449	463	536	495	454	620	543	629	564
Bauberufe	Anzahl	826	989	1 221	1 163	1 146	1 439	1 417	1 422	1 340
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 294	4 722	5 180	4 815	4 801	7 155	7 137	6 508	6 295
Kurzarbeiter	Anzahl	7 738	6 984	2 638	4 226	4 951	1 860	2 459	2 980	3 196
Männer	Anzahl	5 394	5 075	1 616	2 818	3 484	1 043	1 608	1 556	1 426
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	672	682
* Milchkühe	1 000	237	238
* Schweine	1 000	699	729	741	.	.	.	723	.	.
Mastschweine	1 000	233	254	227	.	.	.	235	.	.
* Zuchtsauen	1 000	79	81	82	.	.	.	82	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	53	52	53	.	.	.	52	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 055	15 357	15 057	15 314	18 001	13 874	15 779	14 586	18 646
* Kälber	Anzahl	605	486	384	410	463	352	350	337	365
* Schweine	Anzahl	96 209	105 305	98 765	100 935	116 977	107 007	102 298	98 997	115 489
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 026	14 164	6 503	9 080	13 092	6 364	5 983	7 467	10 842
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	12 196	13 177	12 473	12 781	14 786	12 874	13 001	12 341	14 846
* Kälber	t	4 370	4 529	4 407	4 509	5 188	4 155	4 705	4 296	5 422
* Schweine	t	58	48	38	41	45	31	34	33	36
* Schweine	t	7 705	8 521	7 960	8 145	9 463	8 603	8 194	7 920	9 274
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	72	60	76	83	14	30	.	94	12
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	74	77	81	73	72	88	84	76	76
* an Molkereien und Händler geliefert	%	91,7	93,2	94,1	93,7	92,6	95,1	94,9	94,5	93,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,6	11,1	10,3	9,8	11,9	11,4	10,6	10,3

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 914	2 893	2 890	2 890	2 897	2 898	2 897	2 910	2 910
* Beschäftigte	1 000	387	386	388	389	389	392	397	398	398
* Arbeiter ²⁾	1 000	276	274	276	276	276	279	283	283	283
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 805	39 906	39 125	40 776	43 122	36 518	41 217	40 581	44 887
Löhne und Gehälter	Mill. DM	883	931	921	876	913	990	986	938	1 006
* Löhne	Mill. DM	546	571	583	543	578	619	624	576	645
* Gehälter	Mill. DM	337	360	338	333	335	371	362	362	361
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	82	74	64	62	67	65	63	74	84
* Gasverbrauch ⁴⁾	Mill. cbm	107	119	112	122	135	141	143	143	153
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	193	166	159	207	177	175	165	188
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	30	22	24	29	18	20	20	26
* schweres Heizöl	1 000 t	169	163	144	135	178	159	155	145	162
* Stromverbrauch	Mill. kWh	923	941	927	934	1 028	1 023	1 035	1 016	1 066
* Stromerzeugung	Mill. kWh	272	258	223	216	262	252	263	250	263
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 733	4 810	4 628	4 914	5 249	5 402	5 436	5 493	6 190
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 374	1 355	1 287	1 277	1 441	1 552	1 537	1 616	1 816
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	122	124	112	129	133	120	126	141 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	126	128	114	131	136	123	128	143 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	124	126	113	129	134	122	127	141	138 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	123	125	117	128	132	129	134	136	135 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	95	97	101	112	109	121	119	132	121 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	126	129	116	125	134	126	137	133	135 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	131	130	108	135	134	119	117	151	146 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	135	139	113	144	138	118	109	162	147 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	117	104	123	126	105	116	130	126 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	65	63	68	70	69	40	62	73	68 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	132	139	125	140	156	128	136	161	161 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	102	98	99	112	112	99	115	124	...
Handwerk ⁵⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	97	100	.	102	.	.	.	102	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	171	175	.	176	.	.	.	174	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	311	320	160	263	346	158	164	153	...
Strombezug ⁶⁾	Mill. kWh	1 723	1 848	1 616	1 841	2 030	1 860	1 752	2 182	...
Stromlieferungen ⁶⁾	Mill. kWh	657	688	456	621	779	606	512	762	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 338	1 460	1 309	1 469	1 577	1 400	1 392	1 563	...
* Gaserzeugung ⁴⁾	1 000 cbm	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	...
Gasbezug ⁴⁾	Mill. cbm	207	247	144	205	271	197	204	223	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	195	233	140	197	257	187	192	206	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	69 864	70 664	72 792	72 803	72 374	73 894 ^P	75 601 ^P	75 163 ^P	75 976
Facharbeiter	Anzahl	39 661	39 639	40 503	40 408	39 976	40 002 ^P	40 151 ^P	39 942 ^P	40 856
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 742	15 521	16 194	16 240	16 225	17 781 ^P	18 046 ^P	17 795 ^P	17 574
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 232	9 094	9 956	10 277	10 796	9 065 ^P	11 004 ^P	10 275 ^P	11 516
Privater Bau	1 000	5 855	5 674	6 173	6 312	6 627	5 582 ^P	6 665 ^P	6 196 ^P	6 915
* Wohnungsbau	1 000	3 911	3 834	4 012	4 279	4 643	3 638 ^P	4 452 ^P	4 132 ^P	4 718
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	97	84	104	115	86	90 ^P	112 ^P	97 ^P	107
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 847	1 756	2 057	1 918	1 898	1 854 ^P	2 101 ^P	1 967 ^P	2 090
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 377	3 420	3 783	3 965	4 169	3 483 ^P	4 339 ^P	4 079 ^P	4 601
Hochbau	1 000	776	696	701	764	826	681 ^P	851 ^P	791 ^P	954
Tiefbau	1 000	2 601	2 724	3 082	3 201	3 343	2 802 ^P	3 488 ^P	3 288 ^P	3 647
Straßenbau	1 000	1 429	1 459	1 634	1 761	1 807	1 545 ^P	2 040 ^P	1 894 ^P	2 115
Löhne und Gehälter	Mill. DM	137	145	162	157	162	173 ^P	185 ^P	170 ^P	190
* Löhne	Mill. DM	119	125	142	137	142	150 ^P	163 ^P	148 ^P	167
* Gehälter	Mill. DM	18	20	20	20	20	23 ^P	22 ^P	22 ^P	23
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	398	385	386	471	493	465 ^P	451 ^P	492 ^P	529

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder 4 briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 176	1 456	1 582	1 574	1 668	1 506	1 489	1 495	1 387
* mit 1 Wohnung	Anzahl	931	1 138	1 245	1 217	1 323	1 137	1 100	1 111	1 037
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	201	259	287	285	280	315	316	319	272
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	44	59	50	72	65	54	73	65	78
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 146	1 423	1 540	1 503	1 528	1 484	1 513	1 388	1 445
* Wohnfläche	1 000 qm	182	227	246	245	250	239	249	228	232
* Wohnräume	Anzahl	8 445	10 675	11 316	11 490	11 793	10 943	11 714	10 738	11 173
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	237	308	336	337	337	363	373	338	362
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	9	3	6	4	5	2	4	2
Unternehmen	Anzahl	155	251	216	315	418	143	234	266	185
Private Haushalte	Anzahl	1 018	1 196	1 363	1 253	1 246	1 358	1 253	1 225	1 200
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	199	237	236	270	269	226	265	301	230
* Umbauter Raum	1 000 cbm	857	896	770	1 084	1 217	943	1 178	937	701
* Nutzfläche	1 000 qm	148	164	137	223	205	176	203	170	130
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	130	93	170	223	156	195	136	108
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	21	36	23	52	28	48	20	45	35
Unternehmen	Anzahl	173	194	210	210	236	110	199	210	162
Private Haushalte	Anzahl	5	7	3	8	5	68	46	46	33
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 920	2 361	2 514	2 529	2 599	2 294	2 581	2 356	2 800
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 394	1 362	1 262	1 347	1 531	1 590	1 517	1 537	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	70	74	76	86	84	101	89	92	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 324	1 287	1 186	1 261	1 446	1 490	1 427	1 445	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	15	16	16	17	16	14	15	...
* Halbwaren	Mill. DM	76	71	61	65	83	126	95	109	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 233	1 202	1 109	1 180	1 347	1 347	1 318	1 320	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	394	406	388	411	444	519	501	481	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	839	796	721	769	903	829	817	839	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	621	610	514	612	683	749	672	777	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	101	104	90	103	118	127	128	134	...
Dänemark	Mill. DM	28	28	29	29	31	29	32	30	...
Frankreich	Mill. DM	197	188	138	185	213	209	180	219	...
Großbritannien	Mill. DM	81	84	86	88	95	115	113	118	...
Irland	Mill. DM	4	5	4	5	5	9	8	7	...
Italien	Mill. DM	97	98	68	105	117	117	93	133	...
Niederlande	Mill. DM	112	102	99	97	104	144	118	136	...
Österreich	Mill. DM	61	57	56	67	62	70	79	73	...
Schweiz	Mill. DM	55	58	56	68	68	65	78	71	...
USA und Kanada	Mill. DM	75	88	88	90	89	89	79	71	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	311	280	266	261	349	313	293	278	...
Ostblockländer	Mill. DM	72	77	84	76	73	91	92	66	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	834	868	844	861	938	1 245	1 129	1 116	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	142	136	136	132	137	168	162	137	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	692	732	708	730	801	1 077	968	979	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG-Länder	Mill. DM	446	484	431	481	514	668	554	615	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	115	116	107	114	122	173	121	190	...
Dänemark	Mill. DM	7	9	9	11	10	10	12	10	...
Frankreich	Mill. DM	124	129	104	126	145	171	156	162	...
Großbritannien	Mill. DM	21	25	19	27	31	37	33	35	...
Irland	Mill. DM	2	2	2	3	2	3	2	2	...
Italien	Mill. DM	75	91	89	78	109	131	95	85	...
Niederlande	Mill. DM	103	112	101	123	110	143	135	130	...
Österreich	Mill. DM	20	25	26	26	26	36	33	36	...
Schweiz	Mill. DM	15	17	16	17	22	19	19	22	...
USA und Kanada	Mill. DM	76	61	71	41	56	76	70	51	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	182	181	211	221	209	316	314	219	...
Ostblockländer	Mill. DM	20	22	15	16	22	54	59	50	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	107	108	108	108	106	108	109	109
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	183	195	180	192	202	196	205	194	223
Waren verschiedener Art	1970 = 100	198	211	173	199	209	216	228	205	230
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	183	191	188	188	192	192	203	185	207
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	163	175	148	182	207	163	161	165	224
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	192	202	183	212	225	195	208	218	269
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	177	186	166	163	174	155	171	168	199
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	180	198	162	189	206	177	177	177	206
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	129	134	124	133	140	128	135	127	145
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130	135	133	134	138	133	141	130	145
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	111	113	96	117	133	102	100	101	137
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	137	139	125	145	154	128	136	142	174
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	136	140	125	123	130	112	123	119	140
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	130	138	112	131	142	118	118	118	137
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	96	97	106	105	101	103	104	106	100
Teilbeschäftigte	1970 = 100	126	133	141	145	134	145	143	152	135
* Umsatz	1970 = 100	138	143	169	180	172	167	169	190	173
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	152	157	209	219	210	204	207	239	213
Gaststättengewerbe	1970 = 100	128	133	140	151	144	140	141	155	144
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	300	360	451	513	480	421	466	507	...
* Ausländer	1 000	62	69	125	96	64	130	111	90	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 121	1 335	1 876	1 818	1 517	1 958	1 913	1 838	...
* Ausländer	1 000	172	210	410	253	165	474	381	245	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 609	1 634	1 651	1 715	1 805	1 793	1 941	1 568	...
* Gütersend	1 000 t	1 308	1 423	1 677	1 617	1 502	1 626	1 663	1 496	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 560	14 468	10 570	13 660	15 070	13 212	11 103	11 464	13 500
Kraftfahrzeuge und Motorroller	Anzahl	352	558	594	317	248	815	623	334	317
* Personen- und Kombinationskraft-wagen	Anzahl	12 197	12 795	8 999	12 232	13 539	11 309	9 358	10 086	11 881
* Lastkraftwagen	Anzahl	526	604	528	591	683	622	672	626	804
Zugmaschinen	Anzahl	409	417	349	431	521	344	311	337	420
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	8 375	8 943	8 615	9 369	9 575	8 385	9 032	8 726	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 948	1 940	2 161	2 199	2 079	2 104	2 129	2 150	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	6 427	7 003	6 454	7 170	7 496	6 281	6 903	6 576	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 752	2 739	3 095	3 096	2 862	3 014	2 961	2 924	...
* Getötete	Anzahl	79	80	88	100	77	76	81	73	...
Pkw - Insassen	Anzahl	43	42	48	51	38	39	41	39	...
Fußgänger	Anzahl	17	19	15	24	16	11	12	8	...
* Verletzte	Anzahl	2 673	2 659	3 007	2 996	2 785	2 938	2 880	2 851	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 601	1 589	1 626	1 718	1 567	1 539	1 447	1 390	...
Fußgänger	Anzahl	280	279	261	282	310	223	248	294	...
Schwerverletzte	Anzahl	858	853	989	969	870	950	953	956	...
Pkw - Insassen	Anzahl	453	452	474	502	445	447	424	443	...
Fußgänger	Anzahl	127	129	119	123	130	101	99	123	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	42 306	48 370	46 096	46 664	46 806	52 007	52 360	53 206	53 500
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	41 587	47 559	45 358	45 921	46 027	51 118	51 472	52 318	52 536
an Unternehmen und Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM	33 759	38 898	37 143	37 677	37 548	41 795	42 133	43 003	43 092
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 828	8 661	8 215	8 243	8 299	9 323	9 339	9 315	9 444
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 778	9 380	9 016	9 228	8 913	10 103	10 014	10 527	10 267
an Unternehmen u. Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 525	9 171	8 826	9 019	8 729	9 846	9 799	10 290	10 014
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	253	208	189	209	184	257	216	237	252
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 540	5 860	5 389	5 422	5 420	6 256	6 299	6 364	6 422
an Unternehmen u. Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 938	4 924	4 795	4 839	4 860	5 193	5 244	5 315	5 372
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	602	936	595	583	560	1 063	1 055	1 049	1 050
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	28 270	32 319	30 953	31 270	31 694	34 759	35 158	35 427	35 848
an Unternehmen u. Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21 296	24 803	23 522	23 819	24 139	26 756	27 090	27 398	27 706
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 974	7 516	7 432	7 451	7 555	8 003	8 068	8 029	8 141
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	37 882	42 302	40 241	40 133	40 594	43 240	43 537	43 361	43 603
* Sichteinlagen	Mill. DM	5 842	6 972	6 530	6 300	6 543	7 031	6 848	6 768	6 805
von Unternehmen u. Privatpers. von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 359	6 449	5 940	5 831	6 061	6 533	6 250	6 327	6 248
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	484	523	590	469	482	499	598	441	556
Termingelder	Mill. DM	8 159	9 752	9 446	9 500	9 582	10 563	11 067	11 054	11 314
von Unternehmen u. Privatpers. von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 855	8 539	7 953	8 062	8 311	9 237	9 507	9 696	10 116
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 304	1 213	1 492	1 438	1 271	1 326	1 559	1 358	1 198
* Spareinlagen	Mill. DM	23 881	15 578	14 266	24 333	24 468	25 646	25 622	25 539	25 485
* bei Sparkassen	Mill. DM	13 843	14 813	14 060	14 094	14 166	14 875	14 852	14 805	14 772
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 167	1 174	1 033	949	1 067	1 214	1 069	918	1 133
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 033	1 035	874	882	935	1 350	1 093	1 000	1 187
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	37	38	34	53	41	40	32	40	35
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	12 677	17 487	8 158	11 411	3 269	7 674	17 401	7 859	26 775
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	3	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	971	882	1 003	811	887	945	812	802	855
* Wechselsumme	1 000 DM	4 021	4 293	3 822	4 060	4 970	4 857	3 596	3 591	4 395
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	872 606	932 837	931 406	1 216 459	675 483	838 526	1 051 731	1 292 103	738 883
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	636 104	654 466	649 184	928 374	400 407	508 630	675 628	982 181	446 258
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	390 134	395 172	515 944	328 665	337 744	380 870	536 601	345 165	344 832
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	61 986	63 884	166 081	-	-	-	180 274	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	152 143	157 763	26 141	418 474	50 946	41 621	26 984	415 958	72 866
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	10 144	11 674	17 742	4 024	9 200	73 592	16 652	3 414	8 911
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	83 683	89 857	89 357	177 211	2 517	12 547	95 391	217 644	19 649
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	16 670	22 887	74 002	-	-	-	81 296	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	236 502	278 372	282 222	288 085	275 076	329 896	376 103	309 922	292 625
* Umsatzsteuer	1 000 DM	164 183	201 841	190 088	214 805	207 979	238 994	239 517	201 245	220 583
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	72 319	76 531	92 134	73 280	67 097	90 902	136 586	108 677	72 042
* Bundessteuern	1 000 DM	100 213	116 109	121 102	115 071	111 058	133 452	127 109	120 523	131 955
* Zölle	1 000 DM	8 976	7 624	7 305	6 845	6 990	7 551	3 099	9 795	12 360
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	87 952	106 298	111 905	106 365	101 533	123 997	122 096	108 993	117 179
* Landessteuern	1 000 DM	65 860	64 528	77 198	48 577	53 127	74 911	99 909	62 781	67 648
Vermögensteuer	1 000 DM	19 582	15 163	33 110	4 625	4 490	4 720	34 083	5 722	3 435
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	30 413	32 048	26 171	29 142	30 823	51 299	50 496	41 231	43 281
* Biersteuer	1 000 DM	6 563	6 348	6 437	7 497	5 931	6 893	6 152	5 636	8 254
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	439 899	449 367	.	469 494	.	.	.	509 901	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	7 377	7 701	.	9 453	.	.	.	9 523	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	63 714	67 943	.	80 888	.	.	.	77 642	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	309 768	313 697	.	321 720	.	.	.	366 703	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	26 426	22 260	.	21 205	.	.	.	21 895	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	22 424	26 622	.	26 782	.	.	.	25 625	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	562 723	610 293	600 179	721 149	522 428	636 495	680 382	766 679	581 443
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	280 091	287 871	284 152	411 173	172 731	223 540	295 288	436 951	193 307
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	163 192	187 906	190 507	194 461	185 681	222 686	253 876	209 205	197 529
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	4 418	444	52 958	56 817	4 109	-	58 751
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	458 416	489 800	478 142	587 527	395 937	499 324	539 732	645 985	449 702
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	279 134	286 796	283 046	409 418	172 143	222 719	293 140	434 134	192 364
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 194	120 068	113 480	129 087	117 709	144 877	142 574	149 070	130 939
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	4 418	444	52 958	56 817	4 109	-	58 751
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	555 654	571 486	.	587 252	.	.	.	625 496	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	197 767	203 584	.	208 389	.	.	.	237 690	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	227 756	232 232	.	231 089	.	.	.	244 608	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	146,3	150,1	150,4	150,0	150,0	157,7	157,8	158,0	158,5
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	143,7	145,2	145,2	143,6	142,9	148,9	147,4	146,7	146,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1970 = 100	150,7	159,7	161,7	.	.	.	176,8	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	465	489	.	.	495	523
* Männliche Arbeiter	DM	497	523	.	.	530	561
* Facharbeiter	DM	526	553	.	.	561	594
Angelernte Arbeiter	DM	478	501	.	.	506	535
Hilfsarbeiter	DM	407	425	.	.	431	458
* Weibliche Arbeiter	DM	326	346	.	.	351	367
* Hilfsarbeiter	DM	315	334	.	.	337	353
Bruttostundenverdienste	DM	11,01	11,59	.	.	11,74	12,39
* Männliche Arbeiter	DM	11,63	12,23	.	.	12,40	13,09
* Facharbeiter	DM	12,27	12,92	.	.	13,08	13,82
Angelernte Arbeiter	DM	11,18	11,73	.	.	11,89	12,53
Hilfsarbeiter	DM	9,56	10,02	.	.	10,11	10,80
* Weibliche Arbeiter	DM	8,18	8,69	.	.	8,82	9,23
* Hilfsarbeiter	DM	7,89	8,34	.	.	8,47	8,89
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,2	42,1	.	.	42,2	42,2
Männliche Arbeiter	Std.	42,7	42,6	.	.	42,8	42,8
Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,8	.	.	39,8	39,7
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	2 333	2 475	.	.	2 514	2 631
männlich	DM	2 078	2 210	.	.	2 249	2 356
weiblich	DM	2 553	2 704	.	.	2 752	2 868
Technische Angestellte	DM	1 640	1 745	.	.	1 772	1 871
männlich	DM	2 945	3 098	.	.	3 137	3 287
weiblich	DM	3 019	3 173	.	.	3 212	3 366
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	1 999	2 132	.	.	2 158	2 257
Kaufmännische Angestellte	DM	2 719	2 871	.	.	2 908	3 045
männlich	DM	2 440	2 584	.	.	2 615	2 744
weiblich	DM	2 869	3 037	.	.	3 074	3 233
Technische Angestellte	DM	1 929	2 047	.	.	2 075	2 174
männlich	DM	2 999	3 153	.	.	3 194	3 341
weiblich	DM	3 063	3 218	.	.	3 259	3 410
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 107	2 243	.	.	2 272	2 362
Kaufmännische Angestellte	DM	1 856	1 988	.	.	2 030	2 127
männlich	DM	1 842	1 974	.	.	2 016	2 112
weiblich	DM	2 296	2 449	.	.	2 508	2 596
	DM	1 485	1 586	.	.	1 612	1 709

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 400	61 327	61 312	61 323	61 332	61 337
Eheschließungen 1)	Anzahl	29 874	27 351	32 071	32 408	33 963	37 276 ^P	32 452 ^P	38 911 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 529	48 039	50 297	48 324	48 583	47 162 ^P	51 629 ^P	50 947 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 744	60 268	58 291	55 458	55 155	55 047 ^P	57 433 ^P	55 502 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	–10 215	–12 229	–7 994	–7 134	–6 572	–7 885 ^P	–5 804 ^P	–4 555 ^P	
Arbeitslose	1 000	1 030	993	922	924	864	763	804	799	737
Männer	1 000	518	489	429	423	389	334	350	347	316
Offene Stellen	1 000	231	246	272	269	252	355	346	339	320
Männer	1 000	141	154	172	172	164	230	226	223	215
Kurzarbeiter	1 000	231	191	155	125	109	65	33	23	37
Männer	1 000	181	149	130	107	82	38	18	13	22
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	21 386	22 641	.	23 872	.	.	.	23 647	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	331	349	340	350	362	348
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	114	117	105	101	123	133	113	106	130 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	116	119	105	101	124	133	113	105	130 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	114	116	103	99	121	131	110	103	127 ^P
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	112	117	112	109	122	135	122	119	131 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	116	100	91	124	133	105	92	127 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	114	115	96	97	122	129	104	97	132 ^P
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	118	122	115	114	120	134	119	115	127 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	95	103	106	100	120	134	116	112	131 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 632	7 584	7 563	7 614	7 637	7 568	7 601	7 653	7 685
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	791	772	711	736	789	753	738	719	767
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	80 261	83 379	76 217	77 994	90 948	94 076	90 063	86 609	96 885
Auslandsumsatz	Mill. DM	18 966	20 018	17 794	18 061	22 530	22 461	21 692	19 983	23 398
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	27 943	29 451	24 849	25 432	28 086	26 236	27 077
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 507	3 590	3 158	3 265	3 445	3 405	3 361	3 311	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 168	1 190	1 209	1 229	1 236	1 232 ^P	1 233 ^P	1 247 ^P	1 251 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	143	141	142	153	162	160 ^P	154 ^P	148 ^P	159 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 156	6 499	6 295	6 256	7 298	12 405 ^P	9 106 ^P	7 590 ^P	...
Baugenehmigungen 7)										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 018	17 114	22 893	22 247	21 712	16 942	17 119	15 844	.
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 015	16 149	21 686	21 100	20 485	15 924	16 211	14 865	.
Wohnfläche	1 000 qm	2 913	2 796	3 809	3 632	3 558	2 885	2 827	2 713	.
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 241	3 057	3 913	3 847	3 872	2 565	2 680	2 563	.
Wohnungen insgesamt (alle Bau­maßnahmen)	Anzahl	31 603	29 232	39 642	37 765	36 590	29 620	28 595	28 355	.
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
EG-Länder	Mill. DM	22 794	23 714	21 400	21 943	24 824	25 778	26 512	24 700	25 158
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	10 225	10 864	9 461	9 544	11 276	12 254	12 370	11 229	12 524
Dänemark	Mill. DM	1 783	1 961	1 563	1 848	2 075	2 164	1 805	2 137	2 257
Frankreich	Mill. DM	502	527	427	544	566	559	528	580	557
Großbritannien	Mill. DM	2 804	2 907	2 577	2 240	2 974	3 192	3 456	2 640	3 210
Irland	Mill. DM	1 218	1 403	1 296	1 279	1 424	1 794	1 794	1 635	1 746
Italien	Mill. DM	65	84	88	78	89	107	107	92	92
Niederlande	Mill. DM	1 561	1 619	1 480	1 309	1 703	2 010	2 141	1 577	2 045
Österreich	Mill. DM	2 293	2 363	2 030	2 246	2 446	2 428	2 539	2 569	2 616
Schweiz	Mill. DM	1 212	1 218	1 094	1 204	1 322	1 287	1 408	1 340	1 411
USA und Kanada	Mill. DM	1 048	1 201	1 075	1 152	1 391	1 298	1 353	1 252	1 398
Entwicklungsländer	Mill. DM	1 614	1 857	1 867	1 638	1 951	2 042	2 148	1 724	1 646
Ostblockländer	Mill. DM	3 899	3 956	3 840	3 946	4 007	3 700	4 035	3 905	3 420
	Mill. DM	1 392	1 470	1 331	1 398	1 490	1 493	1 764	1 740	1 353

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehauausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 7) Für 1979 ohne Bayern.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	19 592	20 320	19 656	18 823	20 100	24 050	25 904	23 724	23 263
EG- Länder	Mill. DM	9 444	9 981	9 604	9 057	9 859	11 765	12 585	10 947	11 001
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 630	1 711	1 520	1 569	1 745	2 063	1 893	1 679	2 044
Dänemark	Mill. DM	296	334	287	293	373	339	369	383	381
Frankreich	Mill. DM	2 275	2 357	2 340	1 818	2 212	2 663	2 986	2 282	2 416
Großbritannien	Mill. DM	871	1 005	1 020	934	1 053	1 447	1 637	1 684	1 382
Irland	Mill. DM	76	80	73	65	83	112	133	76	93
Italien	Mill. DM	1 727	1 931	2 072	1 965	1 863	2 209	2 588	2 035	1 843
Niederlande	Mill. DM	2 568	2 562	2 292	2 414	2 530	2 932	2 979	2 807	2 842
Österreich	Mill. DM	508	593	599	547	640	661	755	667	723
Schweiz	Mill. DM	656	790	798	702	817	942	971	785	851
USA und Kanada	Mill. DM	1 614	1 617	1 411	1 524	1 493	1 796	1 844	1 927	1 689
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 002	3 641	3 600	3 673	3 597	4 430	4 937	4 875	4 619
Ostblockländer	Mill. DM	945	1 044	1 109	992	1 104	1 402	1 569	1 495	1 324
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	170,7	180,7	172,9	165,8	177,5	189,6	179,1	178,6 ^P	177,5 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	146,7	151,5	172,6	168,3	167,9	172,0	181,2	171,6 ^P	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 087	1 212	1 135	1 148	1 165	1 272	1 278	1 286	1 299 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	839	929	874	878	892	979	981	988	1 002 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	248	283	261	270	274	293	297	299	298 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	820	902	831	843	853	913	912	911	914 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	437	466	441	444	445	471	468	467	466 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	18 160	19 555	17 760	15 172	25 393	27 714	19 733	18 037	28 087 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 208	12 719	10 230	8 815	19 876	21 074	10 630	9 592	21 372 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	7 564	7 668	8 311	7 682	7 586	8 038	8 693	8 318	8 008 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 959	3 119	773	431	7 907	7 850	805	834	8 212 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	5 224	6 106	5 934	5 759	5 513	6 629	7 353	7 824	6 705 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 280	3 886	3 710	3 599	3 376	3 901	4 613	4 742	3 907 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	3 398	3 578	3 633	3 691	3 093	3 346	3 990	4 015	3 171 ^P
Zölle	Mill. DM	312	306	305	294	302	358	342	341	330 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 901	3 084	3 166	3 179	2 630	2 819	3 479	3 444	2 677 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel 3)	1970 = 100	152,0	151,6	151,9	151,0	150,9	158,4	158,8	159,1	159,1
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte 3)	1970 = 100	142,3	137,0	136,7	134,1	135,3	138,2	138,6	138,2	140,4 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 3)	1970 = 100	144,5	146,3	146,5	146,5	146,6	153,3	154,4	155,1	155,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1970 = 100	148,7	157,4	.	159,3	.	.	.	174,1	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1970 = 100	150,7	159,7	.	161,7	.	.	.	176,8	.
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	131,4	139,5	.	141,8	.	.	.	158,8	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	146,3	150,1	150,8	150,4	150,0	156,7	157,7	157,8	158,0
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	143,7	145,2	147,5	145,2	143,6	148,4	148,9	147,4	146,7
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	147,3	154,1	153,9	154,2	155,2	160,1	160,8	161,6	162,9
Wohnungsmiete	1970 = 100	144,7	149,0	149,2	149,4	149,6	153,0	153,7	154,3	155,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	178,4	183,6	181,5	182,7	183,3	228,0	234,3	232,4	232,8
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	140,2	145,4	145,1	145,3	145,0	150,1	150,7	151,4	151,8
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	1970 = 100	153,6	158,7	159,0	159,2	159,4	166,4	168,6	170,3	170,6
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	154,4	160,7	161,0	161,5	161,9	167,1	168,3	169,0	169,8
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	139,3	142,6	142,7	142,9	143,1	148,3	148,7	148,9	149,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	139,7	143,7	142,9	144,9	145,2	149,7	150,1	152,4	152,8

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Kleinere Klassen an Sonderschulen

Die 158 rheinland-pfälzischen Sonderschulen werden im Schuljahr 1979/80 von 18 865 Schülern besucht. Damit hat sich die Schülerzahl an diesen Schulen gegenüber dem Vorjahr um rund 600 verringert. Gleichzeitig wurde die Zahl der Klassen auf 1 510 erhöht, so daß sich die durchschnittliche Klassengröße an Sonderschulen von 13 Schülern je Klasse im Vorjahr auf 12,5 in diesem Schuljahr verbesserte.

Sieben von zehn Schülern an Sonderschulen werden an den 93 Schulen für Lernbehinderte ausgebildet. Die durchschnittliche Klassengröße liegt an diesen Schulen bei 16,7.

Zu wesentlich kleineren Gruppen (Durchschnitt 7,5 Schüler) sind die 2 963 Schüler an den 42 Schulen für Geistigbehinderte zusammengefaßt. Auch an den acht Schulen für Körperbehinderte (1 013 Schüler) ist die Relation Schüler je Klasse mit 7,6 sehr niedrig, ebenso an den drei Schulen für Gehörlose und Hörbehinderte (612 Schüler) mit 7 Schülern je Gruppe. Am niedrigsten ist die durchschnittliche Klassenstärke mit 6,7 Schülern pro Klasse an der Schule für Blinde und Sehbehinderte.

An den vier Schulen für Verhaltensbehinderte (371 Schüler) haben die Gruppen 9,3 Schüler im Schnitt. An den sieben Schulen für Sprachbehinderte (180 Schüler) sind es 10 Schüler je Klasse. ke

8 Mill. hl Wein in den Kellern

Ende August dieses Jahres lagerten in rheinland-pfälzischen Weinkellern über 8 Mill. hl Wein. Aus der Inlandserzeugung stammten 5,9 Mill. hl Weißwein und 308 000 hl Rotwein. Dazu kamen mehr als 1 Mill. hl Schaumwein sowie kleinere Mengen an sonstigen Trinkweinen. Auslandstrinkweine waren mit rund 604 000 hl beteiligt. Außer den Trinkweinen lagerten noch 215 000 hl Verarbeitungswein.

Der Gesamtbestand ist um 166 000 hl oder 2% niedriger als 1978. Er liegt damit angesichts der sehr niedrig ausgefallenen Ernte 1978 bemerkenswert hoch. Der Bestand resultiert aus den 3,9 Mill. hl umfassenden Vorräten an 1978er Weinen und aus hohen Altweinbeständen, die mit 2,3 Mill. hl noch um 172 000 hl oder 8% über den ohnehin schon hohen Vorjahresbeständen lagen. Auch trugen die Zugänge an Schaumwein (+ 67 000 hl) und Auslandsweinen (+ 64 000 hl) dazu bei.

18 200 Betriebe hatten Weinbestände. Darunter befinden sich etwa 17 300 Winzerbetriebe, 94 Winzer-genossenschaften, 743 Handelsbetriebe und Gaststätten sowie 26 Verarbeitungsbetriebe.

Die Lagerkapazität umfaßt insgesamt 15,8 Mill. hl, darunter 2,9 Mill. hl in Holzfässern. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Fassungsvermögen um etwa 700 000 hl vergrößert, und zwar ausschließlich an Tankraum. po

Immer weniger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

In den letzten zehn Jahren hat sich in Rheinland-Pfalz die Zahl der Familienarbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben um 43% vermindert. Nur 30% der im April 1979 ermittelten 117 000 Personen waren vollbeschäftigt. Im Wirtschaftsjahr 1968/69 waren es noch 34% gewesen. Der Anteil der Vollbeschäftigten lag bei den Betriebsinhabern mit 50% deutlich höher als bei den mithelfenden Familienangehörigen, von denen 15% vollbeschäftigt waren. Frauen stellten gut 40% der in den Betrieben tätigen Familienarbeitskräfte.

Mit zunehmender Mechanisierung hat die menschliche Arbeitskraft in der Landwirtschaft an Bedeutung verloren. So entfielen 1968/69 im Durchschnitt auf 100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche noch fast 17 Vollarbeitskräfte, im April 1979 nur noch 10. lx

Seefisch 9% teurer

Saisonal bedingt zeichnete sich in Rheinland-Pfalz bei Textil- und Lederwaren eine leichte Preisberuhigung ab. Bei den Nahrungsmitteln war dagegen ein Preisanstieg festzustellen. Besonders hohe Steigerungsraten verzeichneten einige Feingemüsearten. So wurden Blumenkohl um 21%, Kopfsalat und Tomaten um jeweils 23% teurer verkauft als vor einem Monat.

Eine Preiserhöhung um 9% erfuhren Seefische (Fischfilet + 4%). Bei Fleisch und Wurstwaren, Brot und Backwaren, Mehl, Zucker und einigen weiteren Nahrungsmitteln ergaben sich im Vergleich zum Vormonat Preisaufschläge bis zu 1%. Bohnenkaffee verteuerte sich um 2%. Spürbar billiger wurden nur einige Frischgemüse- und Obstarten (Blattkohllarten — 4%, Karotten — 7, Äpfel bis — 6, Apfelsinen und Zitronen bis — 10%).

Heizöl, das im Monat zuvor erstmals wieder etwas billiger geworden war, zog erneut im Preis an. Die Erhöhung gegenüber November 1978 betrug 88%. wf

Themen der letzten Hefte

Heft 11/November 1978

Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz -
Fünf Jahre Datenfernverarbeitung
Volkshochschulen 1977
Einzelhandel 1967 - 1976
Jahresverdienste 1975 - 1977
Einkommenschichtung 1974

Heft 12/Dezember 1978

Wirtschaftliche Entwicklung 1978
Wohngeld 1975 - 1977

Heft 1/Januar 1979

Ausländer 1978
Investitionen des verarbeitenden Gewerbes 1977
Steuerpflichtiges Vermögen 1974
Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1974-1978

Heft 2/Februar 1979

Reform der Bautätigkeitsstatistik
Weinbau 1978
Binnenschifffahrt 1970 bis 1977

Heft 3/März 1979

Datenverarbeitung im Krankenhaus
Bauhauptgewerbe 1978
Personal im öffentlichen Dienst 1977
Personenbeförderung der Straßenverkehrsunternehmen
1970 bis 1978

Heft 4/April 1979

Landtagswahl am 18. März 1979
Leistungen des Landes an die Gemeinden und Gemeinde-
verbände 1973 bis 1978
Hochschulfinanzen 1974 bis 1978
Grund- und Hauptschulen 1947 bis 1978
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1978
Meldepflichtige Krankheiten 1978

Heft 5/Mai 1979

LIS als Prognoseinstrument
Bevölkerungsprognose bis 1990
Landwirtschaftszählung 1979
Neuordnung der Statistiken des Handels und Gastgewerbes
Tiefbauaufträge 1978
Außenhandel 1960 bis 1978

Heft 6/Juni 1979

Zum Jahr des Kindes 1979
Vermögensbesitz im Januar 1979
Baulandmarkt 1978
Arbeitnehmerverdienste 1978
Fremdenverkehr 1978
Nutztviehhaltung 1978

Heft 7/Juli 1979

Schulabgänger 1979
Studien- und Berufswünsche 1979
Personal des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1970 bis 1978
Ausstattung der Haushalte 1978
Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen 1976

Heft 8/August 1979

Europawahl 1979
Kommunalwahlen 1979
Betriebliches Ausbildungsplatzangebot 1979
Wirtschaftliche Entwicklung im Grenzraum
Saar-Lor-Lux-Eifel/Westpfalz
Ernteaussichten für 1979
Kinderunfälle im Straßenverkehr 1978

Heft 9/September 1979

Volkszählung 1981
Industrie 1950 bis 1978
Jahresverdienste 1978
Verbrauch und Preise von Grundnahrungsmitteln
1950 bis 1978
LIS-Unternehmens- und Betriebsdatei

Heft 10/Okttober 1979

Abschaffung der Lohnsummensteuer
Private und öffentliche Investitionen seit 1970
Regionale Schülerprognose - Teil 1
Außenhandel mit den OPEC-Ländern 1974 bis 1978
Verbraucherpreisniveau in Mainz und Pirmasens 1978

Heft 11/November 1979

Verwaltungsautomation
Terminal-Einsatz in Krankenhäusern
Bautätigkeit 1978
Sozialer Wohnungsbau 1978
Jugendkriminalität 1968 bis 1977

Themen der folgenden Hefte

Wandlungen im Bedarf an Arbeitskräften
Außenhandel mit den EG-Anwärtern 1970 bis 1978
Strukturwandel im Einzelhandel
Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur
Verwaltungsgerichtsbarkeit 1969 bis 1978
Maschinelle Kostenrechnung in Krankenhäusern

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.